

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

11/2007 · 12. März 2007



## Politische Psychologie

*Micha Hilgers*

Psychologistischer Firlefanf oder innovative Politik?

*Hans-Joachim Busch*

Demokratische Persönlichkeit

*Hans-Jürgen Wirth*

Die Sehnsucht nach dem Führer

*Thymian Bussemer*

Psychologie der Propaganda

*Heidi Hein-Kircher*

Politische Mythen

*Wolfgang Frindte · Siegfried Preiser*

Prävention gegen Rechtsextremismus

## Editorial

Gibt es Faktoren in der Sozialisation eines Menschen, die dessen Zustimmung zu autoritären Regimen wahrscheinlicher machen? Wie werden Macht- und Herrschaftsverhältnisse begründet? Ist Zivilcourage erlernbar? Wie entstehen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt? Warum sind Männer häufiger gewalttätig als Frauen? Der Beantwortung dieser Fragen widmet sich die Politische Psychologie. Sie will die Ursachen politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen genauer bestimmen. Die individuelle Biographie gerät dabei ebenso in den Blick wie die historische Verfasstheit der Gesellschaft. Häufig werden von Psychoanalytikern rasche Lösungen für gesellschaftliche Probleme erwartet.

Schon Anfang der 1930er Jahre hatte die Kritische Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule wichtige Erkenntnisse über den Verfall der Demokratie in Deutschland und den Aufstieg des Nationalsozialismus geliefert. Zu den Kennzeichen der während der Exilzeit und nach dem Krieg von Theodor W. Adorno und anderen entwickelten „autoritären Persönlichkeit“ gehören Modernitätsverweigerung, Autoritätshörigkeit, Ablehnung des Imaginativen und Schöngestigen, Schicksalsdeterminismus, der feste Glaube an die Existenz des Bösen in der Welt und (Über-)Identifikation mit den jeweiligen Machthabern.

Heute kommt es darauf an, das Augenmerk auf die Herausbildung einer „demokratischen Persönlichkeit“ zu richten, um die Zivilgesellschaft weiterzuentwickeln und krisenfest zu machen. Die Einsicht, dass dem Gattungswesen Mensch in der modernen Gesellschaft ein gewaltiger Triebverzicht abverlangt wird, schärft das Bewusstsein für die Bedingungen und Chancen demokratischer Teilhabe.

*Hans-Georg Golz*

Micha Hilgers

# Psychologischer Firlefanz oder Teil innovativer Politik?

Essay

Dahaam statt Islam“, empfahl sich der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache. Angesichts der österreichischen Nationalratswahlen 2006

**Micha Hilgers**

Dipl. Psych., geb. 1954; selbständiger Psychoanalytiker und Publizist, Gruppenanalytiker, Organisationsberater und Supervisor, Oppenhoffallee 7, 52066 Aachen.  
michahilgers@michahilgers.de  
www.michahilgers.de

bediente der Mann eine junge Wählerschaft obendrein mit flotten Raps ähnlichen Inhalts.<sup>1</sup> Der knappe Komparativ zwischen einem Wohnort und einer Religionsgemeinschaft ist dabei ebenso bescheuert wie genial: Irrwitzig ist es zweifellos, eine Örtlichkeit, allenfalls eine ideelle Verortung mit einer Religion abzugleichen. Und genial ist dieser Vergleich, weil einem dazu erst einmal eine ähnlich bündige und doch differenzierte Antwort einfallen muss, mit der man jenseits von Empörung- und Betroffenheitsritualen Wähler erreichen könnte. Was Strache tat, mag man demagogisch finden. Eine Strategie erwächst daraus noch nicht.

Erstaunlich ist allerdings das ambivalente Verhältnis von Politikern und manchen Politikwissenschaftlern zu Politischer Psychologie. Die nämlich rangiert noch stets in der Nähe eines verpönten Psychologismus, der Verkürzung alles Politischen auf das Psychologische. Seit Marx Hegel vom Kopf auf die Füße zu stellen behauptete, tut sich nicht nur die Linke mit dem autonomen (politischen) Bewusstsein schwer: Wer rechtsextrem orientiert ist oder kriminell handelt, hat dafür

Gründe, und die haben allemal in den sozialen Verhältnissen zu liegen. So gesehen hätte man die Wahl zwischen Sozialromantik oder Psychologismus. Aber was ist mit Trends, die nur bedingt und zum Teil aus politischen und sozialen Verhältnissen entstehen?

Wo unerklärliche Taten von Amokläufern oder pädophilen Sadisten die Öffentlichkeit aufrütteln und politische Repräsentanten keine Antworten zu geben wissen, muss flugs die Psychologie herhalten: wegschließen, und zwar für immer, oder doch oder auch parallel eine Therapie für psychisch kranke Straftäter? Jede Menge Psychologen an die Schulen, um Amokläufe zu verhindern, wo sonst Jugendämter und soziale Dienste unter Sparmaßnahmen stöhnen? Psychologie als Bedarfsmedizin für die aufgeregte Öffentlichkeit, als Aspirin für Politik und Gesellschaft, wenn es mit den herkömmlichen Erklärungskoordinaten nicht klappt?

Dann wird Psychologie – ob kollektiv als Politische Psychologie oder als Individualpsychologie – zur Entsorgungsmaßnahme, wenn es bei Randgruppen knirscht, zum Sammelcontainer für ungeklärte Fragen und Ohnmachtserlebnisse vor allem für jene Gruppen, die von der Politik kalt erwischt werden, aber heiß mit ihrer individuellen Aggression reagieren.

Die Skepsis gegenüber einer Wissenschaft, die sich des kollektiven Innenlebens und des Agierens von Politikern annimmt, ist verbreitet: Politiker sind es gewohnt, die Verhältnisse zu verändern (oder sich wenigstens diesen Anschein zu geben), nicht aber Innenschau zu halten. Von Helmut Schmidt über Helmut Kohl bis Gerhard Schröder zieht sich eine zynische Abwehr der Spitzenpolitik gegenüber Emotionalität und Visionen – und eine Lähmung der Politik gegenüber Reformen. Politikverdrossen oder Politikerüberdross beginnt, wo sich Politik von Konzepten und Visionen verabschiedet und auf die Vermittlung von Wir-Gefühlen verzichtet, die man damit Extremisten überlässt.

Politik ohne Emotionen funktioniert nicht. Politik mit Affekten ist gefährlich. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied zwi-

<sup>1</sup> Weitere Kostproben: „Heimat statt Schlüssel und Brüssel“; „Sichere Pensionen statt Asyl-Millionen“.

schen bewussten, verbalisierbaren und damit der Debatte zugänglichen Gefühlen (Emotionen) und Affekten, die weitgehend ohne bewusste Inhalte arbeiten oder sie erst nach sich ziehen: „Bombenholocaust“ oder „Dahaam statt Islam“ sind Affektbotschaften, „Mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt) ist eine politische Aussage mit einer emotionalen Unterlegung. Im Gegensatz zur viel beklagten Unterschiedslosigkeit des gegenwärtigen Politikbetriebes, bei dem sich eine stets größer werdende Zahl von Politikern um eine wie die Polkappen kontinuierlich schrumpfende Mitte drängeln, setzte die erste sozialliberale Koalition mit der Regierung Brandt/Scheel auf politische Aussagen mit Dissenscharakter: Aufbruchstimmung entstand, wo neue Politikansätze, die sich deutlich von der damaligen Mitte unterschieden, konsistent vorgetragen und mit emotionaler Authentizität durch ihre Repräsentanten vertreten wurden.

Wo Minderheiten konsequent, in sich konsistent und über einen längeren Zeitraum Inhalte vortragen, beeinflussen sie Mehrheiten in Richtung auf ihre Botschaften. Das zeigen die Ergebnisse der Sozialpsychologie, die sich mit Innovation befasst.<sup>12</sup> Es ist nicht bekannt, ob die Akteure der Brandt/Scheel-Koalition um diese Gesetzmäßigkeiten wussten. Jedenfalls nutzten sie die Möglichkeit, eine Mehrheit nach und nach von ihren Inhalten zu überzeugen, und zwar mit dem expliziten Einsatz von Visionen, die nie ohne emotionale Unterlegungen auskommen. Es verdient Beachtung, dass seinerzeit ein Riss durch die alte Bundesrepublik ging, also keineswegs eine Politik der ruhigen Hand um eine imaginäre Mitte betrieben wurde.

Politische Psychologie<sup>13</sup> beschäftigt sich mit dem Zusammenspiel von subjektiven Orientierungen, Motivationen, Handlungs-

bereitschaften und gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnissen. Diese Interaktion zwischen Subjekten (oder Gruppen) findet innerhalb gesellschaftlicher Gruppen oder/und zwischen ihnen statt. Die Definition ist so weit gefasst, dass nahezu jeder Bereich gesellschaftlicher Prozesse auch zum Forschungsgegenstand Politischer Psychologie werden könnte. Tatsächlich befasst sich Politische Psychologie mit so unterschiedlichen Themen wie Umweltbewusstsein und -handeln,<sup>14</sup> politischer Sozialisation, Sozialisationstypen,<sup>15</sup> Gewaltphänomenen,<sup>16</sup> Rechts extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus,<sup>17</sup> Terrorismus,<sup>18</sup> Führung, Autorität,<sup>19</sup> kollektiven Identitäten, Großgruppen und ihren inneren wie äußeren Konflikten,<sup>10</sup> Friedens- und Konfliktforschung,<sup>11</sup> Mediation, Medien, Kampagnen und Propaganda, Reformen und den damit verbundenen Widerständen, politischem Widerstand, Coaching von Verbänden, NGOs oder Parteien und einzelner ihrer Repräsentanten,<sup>12</sup> Folgen

<sup>14</sup> Vgl. z. B. Micha Hilgers, Ozonloch und Saumagen. Motivationsfragen der Umweltpolitik, Stuttgart 1997; Andreas Ernst/Joachim Schahn/Thomas Giesinger, Psychologie für den Umweltschutz, Weinheim 1993; Andreas Ernst, Ökologisch-soziale Dilemmata. Psychologische Wirkmechanismen des Umweltverhaltens, Weinheim 1997.

<sup>15</sup> Vgl. z. B. Christopher Lasch, Das Zeitalter des Narzissmus, München 1982.

<sup>16</sup> Vgl. z. B. Friedrich Hacker, Aggression. Die Brutalisierung der modernen Welt, Wien-München-Zürich 1971.

<sup>17</sup> Vgl. z. B. Peter Conzen, Fanatismus. Psychoanalyse eines unheimlichen Phänomens, Stuttgart 2005; Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt/M. 2007.

<sup>18</sup> Vgl. z. B. Friedrich Hacker, Terror. Mythos, Realität, Analyse, Wien-München-Zürich 1973; Micha Hilgers, Das Ringen der Vernunft mit dem totalitären Gewissen. Die Terroranschläge in den USA als Ausdruck eines durch massive Affekte radikalisierten Über-Ichs, in: Anne-Marie Schlösser/Alf Gerlach (Hrsg.), Gewalt und Zivilisation, Gießen 2002, S. 213–225.

<sup>19</sup> Vgl. z. B. Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M. 1973; Otto F. Kernberg, Ideologie, Konflikt und Führung. Psychoanalyse von Gruppenprozessen und Persönlichkeitsstruktur, Stuttgart 2000.

<sup>10</sup> Vgl. z. B. Vamik D. Volkan, Das Versagen der Diplomatie. Zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte, Gießen 1999.

<sup>11</sup> Vgl. z. B. Horst-Eberhard Richter, Zur Psychologie des Friedens, Reinbek 1984.

<sup>12</sup> Vgl. z. B. Micha Hilgers, Scham – die verborgene Dimension in Supervision und Beratung, in: Forum Supervision, (2006) 28, S. 51–64.

<sup>12</sup> Die Ansätze von Serge Moscovici (vgl. z. B. Social influence and social change, London 1976) waren insofern revolutionär, als sie sich nicht mit Konformität (also sozusagen der Mitte) befassten, sondern mit der Frage, wie sich die Mitte eines Kollektivs verändern lässt. Gäbe es keine innovativen Minderheiten, so würden wir – bildlich gesprochen – immer noch auf den Bäumen sitzen und Bananen mümmeln. Von Interesse sind die Beeinflussungsmöglichkeiten durch Minderheiten – seien sie nun emanzipatorisch-aufklärerisch oder reaktionär.

<sup>13</sup> Vgl. Helmut Moser, Politische Psychologie, in: Lexikon der Psychologie, Bd. 3, Heidelberg-Berlin 2001, S. 273–275.

von Arbeitslosigkeit und Desintegration, politischer Kommunikation und Partizipation.

Diese Themenfülle mag auch einen Teil der Vorbehalte begründen: Politische Psychologie ist eine Wissenschaft, die dem Berufspolitiker seine ureigene Kompetenz streitig macht. Denn anders als in Wirtschafts- oder Sicherheitsfragen, bei der Außen- oder der Gesundheitspolitik mischt sich Politische Psychologie in das Handwerkszeug des Politikers ein und bleibt nicht bei der Untersuchung von Sachfragen stehen. Wenn Führung, Kommunikation und mediales Auftreten zum Gegenstand der Untersuchung werden, ist es nicht mehr die Politik des Politikers, sondern seine Person, die zur Debatte steht.

Bei einem Scheitern politischer Projekte und Vorhaben geraten ihre Protagonisten ohnehin in den Fokus der Aufmerksamkeit. Mit grimmiger Ironie gilt: Je weniger politische Inhalte, die Parteien voneinander unterscheiden könnten, kommuniziert werden, desto mehr konzentriert sich öffentliche Aufmerksamkeit auf die Personen, die mangels Inhalten zur Selbstdarstellung greifen müssen. Die dabei zum Tragen kommende psychologische Seite der Politik ist notwendigerweise unpolitisch, weil die Personen als solche nicht von politischem Interesse sind oder sein sollten, sondern ihre Botschaften. Besteht die Botschaft nur aus egomaner Medienperformance, geraten verbleibende politische Inhalte in Gefahr, von vorneherein entwertet und ihre Vertreter als Laienschauspieler lächerlich gemacht zu werden (da sie sich selbst weniger als ihre Inhalte darstellen).

Ich umreiße nur zwei Beispiele für den Anwendungsbereich Politischer Psychologie.<sup>13</sup> Als Umweltpolitiker und Verkehrswissenschaftler zu Beginn der 1990er Jahre eine Wende in der Mobilitätspolitik probten und vor allem auf das Umdenken der Bevölkerung setzten, sah man sich alsbald mit massiven Widerständen jener konfrontiert, die gerade noch unter Verkehrslärm und unwirtlichen Innenstädten stöhnten. Einstellungen und Verhalten sind zwei sehr verschiedene Dinge: Wer weniger Verkehrsbelastung wünscht, steigt deshalb noch lange nicht auf

öffentliche Verkehrsmittel um. Und wer in einem verkehrsberuhigten Viertel sein Straßencafé nutzen möchte, akzeptiert noch lange kein Anwohnerparken. Grundlegende Ansätze der politischen Kommunikation wurden bei der Akzeptanz von Mobilitätspolitik vernachlässigt. Häufig entwarfen Stadtplaner ihre Vorstellungen im Verborgenen, bezogen betroffene Bürger nicht von Anfang an mit ein, vernachlässigten die Suche nach Verbündeten und Profiteuren ihrer angestrebten Politik oder ließen es zu, dass der Widerstand so stark wurde, dass er sich in öffentlichen Veranstaltungen artikuliert, wo sprachgewaltige Meinungsführer dominieren konnten. Unter Vernachlässigung bereits damals publizierter Studien über erfolgreiche Verkehrsumgestaltung scheiterten zahlreiche ehrgeizige Projekte. Ähnlich resistent zeigten sich öffentliche Verkehrsbetriebe gegenüber Strategien zur Attraktivierung ihrer Angebote. Ressentiments gegenüber der Einbeziehung psychologischer Strategien und Erkenntnisse lassen den Eindruck entstehen, Reformprojekte scheiterten grundsätzlich am Widerstand der Bevölkerung. Doch in der Brandt-Scheel-Ära war es gerade die öffentliche Debatte eines fundamentalen Dissenses, die den politischen Stillstand beendete.

Bereits seit geraumer Zeit halten rechtsextreme Abgeordnete Einzug in Kommunalparlamente und Landtage. Ähnlich wie in Österreich werden ihre medialen Auftritte und öffentlichen Provokationen professioneller, bedienen vorhandene Ressentiments in der Bevölkerung oder greifen zu gezielten Provokationen, die Scham- und Schuldgefühle, Betroffenheit und ohnmächtige Wut bei ihren Adressaten auslösen sollen. Auszüge der demokratischen Parteien nach „Bombenholo-caustäußerungen“ geraten zum Marionettentheater, weil demokratische Kräfte jederzeit manipulierbar sind und rechtsextreme Abgeordnete demnach bestimmen können, wann sich der Plenarsaal zu leeren hat. Betroffenheitsrituale und Empörungsfolklore verbieten sich schon deshalb, weil man auf diese Weise weder die rechtsextremen Protagonisten noch ihre potenziellen, noch ambivalenten Sympathisanten zu erreichen vermag. Den harten Kern Rechtsextremer mit geschlossenem totalitärem Weltbild wird man ohnehin nicht beeinflussen können (außer durch rechtsstaatliche Möglichkeiten von Polizei und Staatsanwaltschaft). An Stelle reflexhafter

<sup>13</sup> Vgl. Micha Hilgers, Zur Psychologie der Verkehrsmittelwahl, in: Dieter Apel u. a. (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung, Bonn 1994<sup>6</sup>; ders. (Anm. 4).

Selbstdarstellung eigener *political correctness* tritt die argumentative Auseinandersetzung mit rechtsextremer Polemik – jenseits von Affekten, aber unter Einsatz und Nutzung von Emotionen. Dies bedeutet, dass man sozusagen auf den Zehenspitzen über die (unerreichbaren) Köpfe der Protagonisten hinweg mit ihren noch beeinflussbaren Sympathisanten kommuniziert. Die dabei verwendeten Botschaften dürfen niemals potentielle Sympathisanten beschämen, sondern müssen den von rechtsextremen Parlamentariern vorgebrachten Ressentiments – die von jenen eventuell geteilt werden – mit nüchternen Argumenten und Fakten entgegentreten. Wer potenziell rechtsextreme Wählergruppen beschämt, verstärkt ihre Ressentiments.<sup>14</sup>

Es bleibt jedoch ein grundsätzliches Dilemma bei der Auseinandersetzung. Begegnet man Rechtsextremen mit der notwendigen rechtsstaatlichen Entschlossenheit, werden sie sich larmoyant zurückziehen und als Opfer vermeintlicher staatlicher Willkür stilisieren. Weichen staatliche Autoritäten zurück, wird dies als Ausdruck lächerlicher Schwäche interpretiert und zugleich der angeblich eigene starke Arm als Verlängerung unfähiger, aber letztlich gewollter staatlicher Härte fantasiert.

Politische Psychologie kann solche Dynamiken aufzeigen, häufig Handlungskompetenz liefern, gelegentlich aber auch nur einen Beitrag zur Klärung unvermeidlicher Konflikte leisten. Gesellschaftliche Widersprüche, Interessenkonflikte oder Ungerechtigkeiten, seien sie subjektiv empfunden oder intersubjektiv geteilt, kann Politische Psychologie allenfalls erhellen und zu ihrer Bearbeitung beitragen – bei Strafe der Hybris, die sich letztlich immer als unpolitisch erweist. Doch als Erlösungsstrategie von unerledigten politischen Reformvorhaben, Harmonisierung gesellschaftlicher Interessen- und Wertekonflikte oder als Entsorgungscorridor für beunruhigende Randgruppensymptome eignet sie sich nicht – solange sie nicht zum Psychologismus verkümmert.

<sup>14</sup> Vgl. ders., *Wir-Gefühle gegen Rechts*. Es reicht nicht, sich über rechte Parlamentarier aufzuregen. Deren affektive Botschaften müssen zerpfückt und widerlegt werden, um ihre möglichen Wähler zu erreichen, in: die tageszeitung vom 24. 2. 2005.

Hans-Joachim Busch

# Demokratische Persönlichkeit

Der europäische Faschismus brachte die Erkenntnis mit sich, dass das bürgerliche Individuum auf dem Entwicklungsstand der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – um es mit einem abgewandelten Wort von Sigmund Freud zu sagen – nicht Herr im eigenen politischen Haus, nicht imstande zur Garantie stabiler demokratischer Verhältnisse war. Politik wird also nicht nur, so lautet die Einsicht aus anderer Perspektive, durch Recht und Gesetz, durch Ideen, Institutionen und Verfahren bestimmt, sondern sie bedarf ganz entscheidend der Stütze durch die individuelle Motivation der Bürgerinnen und Bürger, durch ein ausgeprägtes demokratisches Bewusstsein. Dieses Bewusstsein stellt sich nicht einfach ein, wenn nur gewisse demokratische Rahmenbedingungen (wie etwa freie Wahlen, Parteien, Parlamente) gegeben sind. Es sind darüber hinaus innere Voraussetzungen erforderlich, die zu bestimmen Sache der Psychologie ist.

## Hans-Joachim Busch

Dr. phil., geb. 1951; Privatdozent und von 2004 bis 2006 Vertreter einer Professur für Soziologie und Sozialpsychologie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sigmund-Freud-Institut, Myliusstraße 20, 60323 Frankfurt/Main. sfi-h.busch@t-online.de

Als solche Psychologie bot sich der Kritischen Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule, die diese Fragen umtrieb, die Psychoanalyse an. Die Frankfurter Schule war es ja, die Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre ganz entschieden auf eine Untersuchung des faschistischen Bewusstseins und des Verfalls demokratischer Einstellungen drang und die Mittel der Gesellschaftstheorie dafür als nicht mehr ausreichend empfand. Von der Psychoanalyse versprach sie sich genauere Hinweise darauf, wie der Bildungsprozess des Subjekts, der Aufbau seiner inneren Struktur, verläuft,

wie er gelingen und wie er misslingen kann.<sup>1</sup> Den Vertretern der Frankfurter Schule war es, so kann man mit Fug und Recht sagen, um ein Konzept demokratischer politischer Bildung zu tun.

## Persönlichkeitsbildung

Bildung ist im Rahmen der Psychoanalyse als Bildung der Persönlichkeit zu verstehen. Dieses psychoanalytische Bildungskonzept ist sehr umfassend gemeint und bezieht sich auf die psychischen Grundqualifikationen zur Teilnahme an der menschlichen Kultur. Nicht der Bildungsbürger – salopp formuliert – ist ihr Ziel, sondern der Kulturbürger, oder, wie es Freud anspruchsvoller und mit Weitblick bereits 1915 formulierte, der „Kulturweltbürger“.<sup>2</sup> Diesen stellt Freud als ein aufgeschlossenes, tolerantes Individuum vor, dem die ganze Welt und der in der ganzen Welt Zuhause ist.

Wenn ich nun vom „Subjekt“ statt vom „Kulturweltbürger“ spreche, mache ich eine über Freud hinausgehende Annahme. Ich bringe das psychologische Individuum der Moderne in eine Beziehung zu den historischen Prozessen der Gesellschaft, zu ihren Macht- und Herrschaftsformen, Ungerechtigkeiten, wie das die Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule unter Rückgriff auf die Psychoanalyse getan hat. Das Leiden unter ihren gesellschaftlichen Bedingungen, aber auch die Befriedigungs-, die Einfluss- und die Gestaltungsmöglichkeiten von Individuen im Hinblick auf ihre Gesellschaften sollen es rechtfertigen, von Subjekten zu sprechen. Subjekte stehen in einer angespannten, konfliktvollen Beziehung zu ihren Gesellschaften und stellen sich ihr. Ihr Entwurf ist am Ideal des mündigen Bürgers, der demokratischen Persönlichkeit orientiert. Um ihm nahe zu kommen, müssen sie natürlich einiges, besser, möglichst viel wissen. Aber nur kognitives Wissen in sich aufzu-

<sup>1</sup> Vgl. Max Horkheimer (1932), *Geschichte und Psychologie*, in: Helmut Dahmer (Hrsg.), *Analytische Sozialpsychologie*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1980; Erich Fromm (1936), *Studien über Autorität und Familie*. Sozialpsychologischer Teil, in: Erich Fromm, *Gesamtausgabe*, Bd. I: *Analytische Sozialpsychologie*, Stuttgart 1980.

<sup>2</sup> Sigmund Freud (1915), *Zeitgemäßes über Krieg und Tod*, in: ders., *Studienausgabe*, Bd. IX: *Fragen der Gesellschaft, Ursprünge der Religion*, Frankfurt/M. 1974.

nehmen, anzusammeln und zu speichern und dann gegebenenfalls abrufen zu können, reicht dazu nicht aus. Es muss ein Funke, ein Impuls, ein unabhängiges Lerninteresse vorhanden sein, ein durchgängiges, stabiles Lernmotiv. Aber auch das könnte sich darin erschöpfen, sich immer wieder in neue Stoffe lernend („büffelnd“) zu „vergraben“ und darin völlig aufzugehen. Dann hätten wir doch eher einen „Bildungsbürger“, aber keine „gebildete Persönlichkeit“, schon gar keine demokratische Persönlichkeit und kein „gebildetes Subjekt“. Ohne ausreichende „Affektbildung“, das wusste schon Alexander Mitscherlich, fehlt der „Sozialbildung“ und der „Sachbildung“ die Grundlage.<sup>3</sup> Der individuelle Umgang mit den Mitmenschen wurzelt ebenso wie die Beschäftigung mit Sachen und die Bewältigung von Aufgaben in einer gut entwickelten Gefühlsstruktur. Ihrer bedarf es, um als Subjekt angemessen, souverän und kreativ mit den Themen, Aufgaben und Problemen der sozialen und dinglichen Welt umzugehen und für sie Lösungen zu finden.

Diese Persönlichkeitsstruktur erwächst aus dem Erleben in der frühen Kindheit. Dort, im Umgang mit den ersten Bezugspersonen, werden die Grundlagen gelegt und die Muster gebildet, die für das Handeln und Empfinden der Menschen im weiteren Verlauf ihrer Biographie einflussreich bleiben. Es geht um emotionales Lernen als Bedingung kognitiven Lernens. Im Mittelpunkt steht dabei der Umgang mit Triebwünschen, deren Artikulation und Zügelung. Es kommt darauf an, Affekte mit Wahrnehmungen, Definitionen von Situationen und dem Handeln in Einklang zu bringen. Um den Einzelnen in den Stand zu versetzen, angemessen zu urteilen und zu handeln, müssen seine Emotionen den Anforderungen der entsprechenden Situation adäquat sein.

## Kulturfähigkeit des Menschen und Unbehagen in der Kultur

Die Bedeutung dieser Aufgabe für die Kulturfähigkeit des Menschen wird häufig übersehen und unterschätzt. Bei allem Fortschritt

<sup>3</sup> Vgl. Alexander Mitscherlich (1963), *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. III: *Sozialpsychologie 1*, Frankfurt/M. 1983.

und aller Zivilisiertheit steckt doch in uns immer auch ein Stück Natur. Das hat sehr viel mit unserer Leiblichkeit zu tun, damit, dass wir „Menschen aus Fleisch und Blut“ sind. Dieser sinnlich-körperliche Anteil unseres Wesens, zu dem ganz erheblich auch die sexuellen und aggressiven Strebungen beitragen und aus dem sich unser Gefühlsleben speist, wird in der Sozialisation mit den gesellschaftlichen Anforderungen in Einklang gebracht; er lässt sich jedoch nicht restlos auflösen in das, was die Gesellschaft verlangt, erwartet oder an Sanktionen verhängt. Und er sorgt mit dafür, dass wir uns als Individuen nicht vollständig an unser Gemeinwesen anpassen, sondern uns Unabhängigkeit bewahren. Wir können Bedürfnisse artikulieren, Erwartungen aussprechen, Forderungen stellen, die immer auch etwas von uns (und dieser Differenz) enthalten und nicht bloß sozial vorgegeben sind. Wir können somit als Subjekte auftreten und in die Geschehnisse eingreifen. Sie sind wichtige Bestandteile des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens; ihre Handlungsweise ist schwer vorherzusehen. Das macht noch einmal deutlich, wie sehr es darauf ankommt, die Erkenntnis gesellschaftlicher Verhältnisse zu vertiefen, indem Einsicht in die Motive der Einzelnen dafür, sich von politischen Bewegungen ab- oder ihnen zuzuwenden, zu gewinnen versucht wird.

In der Untersuchung dieser Zusammenhänge liegt der Sinn einer politischen Psychologie. Bereits Freud nahm in vielen seiner Schriften direkt Stellung zu kulturellen und politischen Themen. Jenseits seiner psychoanalytischen Praxis entfaltete er seine Ansichten zum Verhältnis des Individuums zu seiner Kultur, zur Psychologie des Krieges, der Masse und der Religion. Freud sah hier besonders die Schwierigkeit, die Kulturfähigkeit des Menschen überhaupt zu entwickeln und zu sichern. Gegen die Unbequemlichkeiten, Zumutungen und Triebverzichtsforderungen, die im Laufe der Zivilisation zunehmen, lehnt sich im Individuum immer etwas auf. Zwar werden die Vorzüge des Fortschritts durchaus empfunden, und niemand wollte sie missen, doch wirklich zufriedener, gar glücklicher stimmen sie uns nicht. Das tiefe „Unbehagen in der Kultur“,<sup>†</sup> das uns plagt, wird davon

<sup>†</sup> Sigmund Freud (1930), Das Unbehagen in der Kultur, in: ders., Studienausgabe, Bd. IX (Anm. 2).

nicht geschlichtet. Es besteht in dem Gefühl der Schuld, das die vielen kulturfeindlichen Regungen unseres Inneren uns bereiten. Wir spüren dunkel, aber doch unabweisbar, dass unsere Eignung zu Kulturwesen seelisch auf tönernen Füßen steht.

Dieses Unbehagen wird, wie Freud erkennen musste, genährt durch eine Gefahr, die vorher nicht vorhanden und daher auch kaum ins menschliche Bewusstsein gedrungen war. Es ist der hohe Grad an Destruktivität, an von Menschen hervorgebrachter massenhafter Vernichtungskraft, wie er sich erstmals in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, aber auch in den nicht nur umweltschädigenden, sondern lebensbedrohlichen Folgen unserer für friedlich gehaltenen Technologie offenbart hat. Für Freud standen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch ausschließlich die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs im Vordergrund, auf die er in seinen Schriften reagierte. Seine Frage war, ob und wie die Menschen es schaffen, sich mit ihren aggressiven Energien auseinander zu setzen, sodass diese nicht in Gefahr geraten, zu entgleisen und Tod und Vernichtung über die Menschheit zu bringen. Die Frage war damit auch, ob es ihnen gelänge, Strebungen der Bindung, der Zuwendung, Pflege, der Einfühlung, des Verstehens, kurz, des friedlichen und befriedigenden Aufbaus sozialer Beziehungen und menschlicher Kultur auszubilden, die dauerhaften und sicheren Schutz vor dem unkontrollierten massenhaften Ausbruch von Destruktivität böten.

## Masse und autonomes Subjekt

Freud hat ferner die Entwicklung von Massenbewegungen untersucht und dabei wichtige Erkenntnisse darüber gewonnen, wie sich Menschen willig einem Führer oder einer Weltanschauung unterordnen und ihr Gewissen dabei „an der Garderobe abgeben“. Einmal in eine solche verschworene Gemeinschaft verstrickt, entwickelt sich im individuellen Bewusstsein sehr schnell ein typischer Vorurteilsmechanismus, der nach dem simplen Muster: „Wir sind die Guten, die es richtig machen und über die geeigneten Fähigkeiten und die nötige Kultur verfügen; die anderen, Fremden, die von außen kommen, nicht dazugehören (dürfen), sind die Bösen, sind Feinde, vor denen es auf der

Hut zu sein und die es zu bekämpfen gilt“ funktioniert. Diese Massenpsychologie, von Freud 1921 noch an den Institutionen Kirche und Heer exemplifiziert,<sup>15</sup> war es, die von den Autoren der Frankfurter Schule und auch von Wilhelm Reich und Ernst Simmel für die Analyse von Faschismus und Antisemitismus aufgegriffen und weitergeführt wurde.<sup>16</sup>

Die hieraus stammenden Einsichten haben bis heute nichts an Aktualität eingebüßt, führt man sich den sozialen Konfliktstoff vor Augen, den das Verhältnis der angestammten Einwohner der modernen westlichen Gesellschaften zu Zuwanderern, Asylbewerbern, Menschen anderer Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierungen u. v. m. hervorbringt. Das Wesen der psychoanalytischen Einsicht ist dabei dies: Es sind affektive Bindungen, die sich zwischen den Einzelnen und dem Führer, einer Ideologie herstellen und die Mitglieder solcher Massen untereinander vereinen. Der Führer nimmt ihnen wie eine Elternfigur das Denken und moralische Urteil ab; ihm wird blind vertraut. Dass man sich mit den vielen in dieser Gemeinsamkeit einig weiß, verschafft zusätzliche Sicherheit. Zudem treten in der Verehrung der gemeinsamen Führerperson oder in der Hingabe an eine gemeinsame Religion oder Ideologie die Unterschiede der Anhänger, ihre persönlichen Merkmale und Besonderheiten in den Hintergrund. Die übrigen Mitglieder werden nicht nur allen anderen außerhalb dieser Gruppierung vorgezogen, sie werden, auf eine milde Form, geliebt. Man denke an freudetrunken sich umarmende Fußballfans, Parteianhänger, eine verschworene religiöse Gemeinschaft oder das enthusiastische Publikum eines Rockkonzertes.

Gewiss, ohne Affekte geht es nicht, aber das Ausufern von Affekten führt zum Verlust des Maßes in den sozialen Beziehungen; sie kann die Ausgrenzung der Andersdenkenden, der Fremden zur Folge haben und zu einem

<sup>15</sup> Vgl. Sigmund Freud (1921), Massenpsychologie und Ich-Analyse, in: ebd.

<sup>16</sup> Vgl. Theodor W. Adorno (1950), Der autoritäre Charakter, Frankfurt/M. 1973; ders. (1951), Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda, in: H. Dahmer (Anm. 1); Wilhelm Reich (1933), Massenpsychologie des Faschismus, Erw. Neuauflage, Köln 1970; Ernst Simmel (1946), Antisemitismus und Massen-Psychopathologie, in: Psyche, 32 (1978) 5–6.

irrationalen, wirklichkeitsfernen Feindbild führen. Die Gefahr, die darin liegt, kann uns heute aufgrund einer Fülle von geschichtlichen Erfahrungen (gerade in Deutschland), nicht mehr unbekannt sein und muss uns beschäftigen. Sie ist deshalb so groß, weil sie sich, wie wir wissen, in einzelne (von Amokläufern und Selbstmordattentätern) und massenhafte Destruktivität umzusetzen pflegt. Aber auch schon in ihren subtilen, nur verbalen und gestischen Ausdrucksformen erzeugt sie ein unfriedliches soziales Klima.

Es ist für den Einzelnen heutzutage also nicht leicht, zu einer demokratischen Persönlichkeit zu werden. Auch in der spätmodernen Gesellschaft wirken viele Kräfte in die gegenteilige Richtung. Der Bildung autonomer Subjekte steht nach wie vor vieles im Wege. Neuere politikwissenschaftliche Ansätze sehen bereits ein postdemokratisches Zeitalter heraufziehen, in dem medienmächtige Führer im Stile eines Silvio Berlusconi die Bürger einlullen und entmündigen und ihnen ihr autoritäres Regime aufzwingen. Umso mehr bedarf es gerade heute einer Kritischen Politischen Psychologie,<sup>17</sup> die – in der dargelegten Tradition der Frankfurter Schule – nach den Möglichkeiten einer gelungenen politischen Sozialisation fragt. Das Subjekt, das ihr vorschwebt, lernt nicht nur, sich anzupassen, sondern seine Bedürfnisse und Interessen ins Spiel zu bringen. Es kann insbesondere auch als Subjekt in Betracht gezogen werden, das unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in seinen Artikulationsmöglichkeiten beeinträchtigt und in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die hier vertretene Politische Psychologie wählt nicht die Perspektive der Regierenden, die wissenschaftliche Erkenntnisse benutzen, um die Regierbarkeit des Wahlvolks zu erhöhen. Ihr Weg führt „von unten“, von den Regierten, zu den politischen Institutionen und Machtträgern. Wie finden sich die Bedürfnisse und Interessen der Menschen in der Politik wieder, wie lässt sich ihr Einfluss mehren und die politische Veränderung der Gesell-

<sup>17</sup> Vgl. Klaus Horn, Politische Psychologie. Schriften zur kritischen Theorie des Subjekts. Bd. I, hrsg. von Hans-Joachim Busch, Gießen 1998; Hans-Joachim Busch, Klaus Horns Konzept einer „Kritischen politischen Psychologie“, in: Psychosozial, 22 (1999), S. 25–39.

schaft so bewerkstelligen, dass deren größtmögliche Verwirklichung als Subjekte erreicht wird? In dieser Suche nach den Bedingungen und Möglichkeiten demokratischer Persönlichkeit steht sie in enger Verbindung mit dem Konzept der „Lebenspolitik“ von Anthony Giddens und dem Begriff des „Verfassungspatriotismus“ von Jürgen Habermas.<sup>18</sup>

## Das lebenspolitische Subjekt und seine inneren Voraussetzungen

Lebenspolitik hat als Träger ein Subjekt, das sich selbstreflexiv mit seiner Körperlichkeit, den Beziehungen zum anderen Geschlecht und seinen Bedürfnissen auseinander zu setzen und darüber stimmig zu kommunizieren vermag. Zugleich kann ein solches Subjekt seine Lebenspraxis im Zusammenhang sehen mit den großen gesellschaftlichen Erfordernissen in Zeiten der Globalisierung von Wirtschaft und Politik: Sicherung und Ausbau demokratischer Strukturen, Entmilitarisierung und Schaffung dauerhaften Friedens, Humanisierung und ökologisch verträgliche Gestaltung von Wirtschaft und Technik, Entwicklung von Alternativen zum System ungebremsten kapitalistischen Wachstums. Im Rahmen dieser Konzeption können seitens einer psychoanalytischen Politischen Psychologie die erforderlichen persönlichkeitsstrukturellen Voraussetzungen formuliert werden: a) konstitutionelle Intoleranz gegenüber dem Krieg und der Schädigung der Umwelt; b) Angsttoleranz/Weltangst; c) Resistenzfähigkeit gegenüber Massenregressionen und Aufrechterhaltung von Kritikfähigkeit sowie Vorurteilseinsicht. Ich will im Folgenden kurz erläutern, was damit gemeint ist.

a) Freud hat bei allem ihm eigenen Pessimismus doch seine Hoffnung in den zu seiner Zeit schon aufkeimenden Pazifismus gesetzt. Ihm zufolge sind die Erstarkung der Vernunft und die Verinnerlichung der Aggressionsneigung die wirksamsten Mittel des Kulturmenschen, sich gegen kriegerische Motive zu immunisieren. Vernunft und Beherrschung der Aggression führen gewissermaßen zu einem „Verlernen“ kriegerischer Handlungsmuster.

<sup>18</sup> Vgl. Anthony Giddens (1990), Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M. 1995; Jürgen Habermas, Die postnationale Konstellation, Frankfurt/M. 1998.

Es ist, wie Freud 1933 schreibt,<sup>19</sup> ein geradezu körperlicher Ekel, eine konstitutionelle Intoleranz gegen den Krieg, die den Menschen von den destruktiven, vernichtenden Lösungsformen seiner sozialen Konflikte Abstand nehmen und pazifistisch werden lassen.<sup>10</sup> Dementsprechend muss politische Bildung solche Kräfte fördern und stärken, die vernünftige, kommunikative Formen des Umgangs mit Konflikten hervorbringen und zur Rücksicht gegenüber unseren natürlichen Lebensgrundlagen motivieren. Es geht von der frühkindlichen Sozialisation in der Familie an darum, dass Konflikte ausgetragen und durchsichtig gemacht werden, und zwar in einer Haltung der gegenseitigen Anteilnahme, Einfühlung, Achtung und Fairness. Zunächst ist es also Aufgabe der Eltern, mittels eines solchen Erziehungsstils für die Grundlage einer konfliktstarken Persönlichkeitsentwicklung ihrer Kinder zu sorgen. Für die anderen Sozialisationsinstitutionen gilt dies entsprechend. Sie sollen an die in der Familie eingeübten Muster anknüpfen und sie weiterentwickeln bzw. dort nicht eingetretene Bildungsprozesse nachholen oder doch wenigstens deren Fehlen kompensieren. Solche Sozialisationsverhältnisse bieten die besten Aussichten, dass Individuen mit Selbstvertrauen heranwachsen, die es gewohnt sind, ihre Bedürfnisse und Interessen auszusprechen und die anderer anzuerkennen und bezüglich der bestehenden Differenzen einen Konsens auszuhandeln.

b) Eine solche politische Sozialisation würde auch zu einem anderen Umgang mit Angst führen. Angst ist ein elementares Gefühl, das sich nicht aus der menschlichen Seele verbannen lässt. Mit ihm ist folglich auch in politischen Zusammenhängen zu rechnen. Natürlich ist es richtig, was das Sprichwort sagt: Angst ist kein guter Ratgeber. Es ist aber genauso falsch, Angst zu ignorieren. Die hier gemeinte Angst ist nicht Feig-

<sup>19</sup> Vgl. Sigmund Freud (1933), Warum Krieg?, in: ders., Studienausgabe, Bd. IX (Anm. 2).

<sup>10</sup> Man kann sagen, die „Menschennatur“ wird kulturell weiter veredelt, im Sinne eines psycho-somatischen Fortschritts. Sie erwirbt eine körperliche Abneigung gegen Gewalt, die gewissermaßen „in Fleisch und Blut“ übergeht. Vgl. dazu ausführlicher Hans-Joachim Busch, Subjektivität in der spätmodernen Gesellschaft. Konzeptuelle Schwierigkeiten und Möglichkeiten psychoanalytisch-sozialpsychologischer Zeitdiagnose, Weilerswist 2001, S. 278 ff.

heit. (Wir kennen sie z. B. als Angst der Eltern um ihre Kinder.) Vielmehr handelt es sich um ernsthafte Sorge (vor Krieg, Zerstörung, Verstetigung von Konflikten). Kinder müssen von früh an erleben können, wie sich Erwachsene ernsthaft Sorgen machen und deshalb etwas verhindern, einer Gefahr begegnen wollen. Das verschafft ihnen Selbstvertrauen in den eigenen Mut, sich um politische und gesellschaftliche Probleme zu kümmern und für sie Lösungen zu suchen, indem sie die diesbezüglichen Ängste ernstgenommen haben. In diesem Sinne spricht Klaus Horn von „Angsttoleranz“,<sup>11</sup> die zu schulen sei. Und die Sozialpsychologen Robert J. Lifton und Horst-Eberhard Richter plädieren für ein „Weltbewusstsein“, das Wahrnehmen und Ausbilden einer „Weltangst“ als Grundlage für die Einsicht in die dringenden Fragen der Gegenwart und Zukunft einer immer mehr die Existenzbedingungen auf ihrem Planeten beeinflussenden globalisierten Gesellschaft.<sup>12</sup>

c) Ein solches Bewusstsein hat es nicht einfach. Will es kritikfähig bleiben, muss es von früh an zu Unabhängigkeit und Eigenständigkeit angehalten und ermuntert werden. Das ist im Zeitalter der Massengesellschaft immens wichtig. Nicht nur, dass politische und wirtschaftliche Organisationen aus unterschiedlichen Interessen heraus Einfluss auszuüben versuchen; in vielen Situationen seines Alltags erfährt sich doch der Einzelne – und das ist die andere Seite der „Individualisierung“ – als Teil einer anonymen Masse (als Beschäftigter in einem Großbetrieb, Kunde in einem Warenhaus, stimmberechtigtes Mitglied einer Wählerschaft, als Medienrezipient, im modernen Massenverkehr oder Massentourismus). Das kann leicht zu einer Entmutigung des Selbstgefühls und der Autonomie führen oder ihr zumindest Vorschub leisten. Es sich nicht einfach zu machen wie alle anderen, nicht den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, sich nicht den politischen, sozialen und ökonomischen Parolen,

<sup>11</sup> Klaus Horn (1981), Gewalt in der Gesellschaft. Wie wir organisiert miteinander umgehen und wie wir Veränderungen in Gang setzen können, in: ders., Sozialisation und strukturelle Gewalt. Schriften zur Kritischen Theorie des Subjekts, Bd. III, hrsg. von Hans-Joachim Busch, Gießen 1996.

<sup>12</sup> Vgl. Robert J. Lifton (1987), Das Ende der Welt, Stuttgart 1994; Horst-Eberhard Richter, Umgang mit Angst, Hamburg 1992.

Slogans und Botschaften kritiklos unterzuordnen, sondern eine eigene Meinung zu bilden, ist nur einem durch gelungene Sozialisation gestärkten Ich möglich. Dieses verfügt über die Fähigkeit, sich von öffentlich kursierenden Formeln nicht einnehmen zu lassen, und über einen frühzeitig geübten Blick für die eigene Vorurteilsanfälligkeit. Auch ist es in der Lage, die Vielfalt seiner inneren Wünsche stimmig auszudrücken; klischeehafte Verkürzungen und emotionsarme Sprache sind in seinem Kommunikationsstil eher die Ausnahme.

## Verfassungspatriotismus

Prägen sich diese Eigenschaften aus, so kommt damit auch ein solidarisches, verfassungspatriotisches, weltbürgerliches Bewusstsein in Reichweite, das den gegenwärtigen, mit der Globalisierung und den damit geschaffenen postnationalen Bedingungen verbundenen Erfordernissen gewachsen ist. Auf die Notwendigkeit eines solchen Bewusstseins, das sich politisch nicht mehr an überkommenen nationalstaatlichen Gebilden orientiert, sondern eine demokratisch verfasste übernationale Ordnung wie etwa die EU oder die UN im Auge hat, hat der Sozialphilosoph Jürgen Habermas Ende des vergangenen Jahrhunderts aufmerksam gemacht.<sup>13</sup> An der Politischen Psychologie ist es, zu klären, wie das einzelne Bewusstsein zur gehobenen Haltung des Verfassungspatriotismus, gar zur erhabenen Größe eines moralisch geläuterten Selbstverständnisses kosmopolitischer Solidarität gelangt und wie es die Enttäuschungen übersteht, die der Globalisierungsprozess mit sich bringt, ohne in Neo-Nationalismus und Apathie abzugleiten. Dieser Aufgabe sieht sich eine demokratische Persönlichkeit heute in besonderem Maße gegenüber.

Auch hier muss betont werden, dass es sich dabei nicht um eine Frage bloßen Lernens, einer optimalen Anpassung handelt. Um die psychischen Voraussetzungen eines demokratischen Bewusstseins zu erwerben, bedarf es eines bestimmten Sozialisationsklimas. Schon der Begriff gibt darauf einen Hinweis; denn eine gewisse Emotion, etwas Feierliches, schwingt immer mit, ist von Patriotismus die Rede. Zwar kann vom damit ursprünglich implizierten Gefühl, sich dem eigenen Staat

<sup>13</sup> Vgl. J. Habermas (Anm. 8).

bzw. der Nation freudig in der Schlacht zu opfern, heutzutage nicht mehr die Rede sein; doch auch Verfassungspatriotismus kann, jenseits rein rationaler Begründungen, auf Begeisterung für die Sache nicht verzichten.<sup>14</sup> Ohne Schwung, ohne etwas Mitreisendes kommt er nicht aus.

Verfassungspatriotismus ist eine hochmoralische innere Einstellung, die nicht leicht zu erringen ist. Sie basiert auf der moralischen Fähigkeit, allgemeine Werte höher zu schätzen als die bestimmter Interessengruppen, etwa Nationen oder Unternehmen. Sie setzt voraus, sich von konventionellen Moralvorstellungen freimachen zu können, Neues, andere Perspektiven, vorurteilslos in Betracht ziehen zu können und sich für deren Geltung einzusetzen. Es ist ganz offensichtlich, dass es nur einer dementsprechend sozialisierten, geläuterten Persönlichkeit möglich ist, die hierfür notwendigen Eigenschaften wie Besonnenheit, Gleichmut, Unbeirrbarkeit und Weitblick aufzubringen, ohne sich von Partikularinteressen und kurzzeitigem, emotionsgeladenem Denken bestimmen zu lassen. Das kann sie nur, wenn die genannten psychodynamischen Bedingungen erfüllt sind.

## Identität

Gerade die Frage des Patriotismus berührt aufs Engste unsere Identität. Menschliche Individuen schließen sich sozialen Gruppen- oder Groß-Identitäten (Kirchen, Nationen) an und fügen sich in sie ein. Sie beziehen von dort einen Gutteil ihrer Identität, etwa als Bewohner einer bestimmten Stadt, als Deutscher, Europäer oder als Christ. Mit der Einstellung des Verfassungspatriotismus werden diese herkömmlichen Identitäten aber gerade zugunsten einer weltweiten (universalistischen) Gattungsidentität überwunden. Das ist ein unter dem heute so gängigen Schlagwort der Globalisierung allzu häufig unberücksichtigt bleibender Aspekt. Schon Freud

<sup>14</sup> Vgl. Dolf Sternberger, Verfassungspatriotismus, in: ders., Schriften. Bd. X, Frankfurt/M. 1982; Thomas Schmid, Ein Vaterland der Bürger, in: Die Zeit vom 5. 3. 1993. Zur auch bei Mitscherlich betonten sozialisatorischen Bedeutung von Beheimatung vgl. Hans-Joachim Busch, Heimat als ein Resultat von Sozialisation – Versuch einer nicht-ideologischen Bestimmung, in: Wilfried Belschner u. a. (Hrsg.), Wem gehört die Heimat? Beiträge der politischen Psychologie zu einem umstrittenen Phänomen, Opladen 1995.

hatte ja, wie wir gesehen haben, einen solchen „Kulturweltbürger“ im Blick. Mit einer derartigen universalistischen Identität ist es gerade nicht gemeint: Dass der Einzelne in den Groß-Identitäten aufgeht. Im Gegenteil: Die Identität einer demokratischen Persönlichkeit bewegt sich in einer ausgewogenen Balance zwischen dem Verfolgen einer individuellen Biographie und den Belangen des Großen und Ganzen. Sie hat stets zwei Seiten, zwischen denen sie ihren Kurs suchen muss – personale und soziale Identität.

Bei aller Flexibilität und Kompetenz, derer es hierfür bedarf, muss aber klar sein, dass Identität gleichzeitig nicht ohne eine tief greifende Bindungserfahrung auskommen kann. Urvertrauen ist, wie der Psychoanalytiker Erik H. Erikson betont hat,<sup>15</sup> die Substanz, ohne die sich Identität nicht ausprägen würde. Sie wird, gleichsam als biographische Wegzehrung, in den frühesten Eltern-Kind-Beziehungen durch das Erleben warmer, hingebungsvoller Zuwendung erworben. Und sie sorgt, wie Alexander Mitscherlich hervorhob,<sup>16</sup> für die nötige Beheimatung in der Welt, eine Beheimatung, die uns überhaupt erst gestattet, Liebe zu den Menschen und Dingen aufzubringen. Jede demokratische Beteiligung hat hier ihre Wurzel.

<sup>15</sup> Vgl. Erik H. Erikson, Kindheit und Gesellschaft, Stuttgart 1971<sup>4</sup>.

<sup>16</sup> Vgl. A. Mitscherlich (Anm. 3).

Hans-Jürgen Wirth

# Macht, Narzissmus und die Sehnsucht nach dem Führer

**K**eine Macht für niemand“, lautete einer der Slogans der 68er-Bewegung. Jacob Burckhardt schrieb schon exakt 100 Jahre früher in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“: „Und nun ist die Macht an sich böse, gleichviel wer sie ausübe.“<sup>1</sup> Aber die Studenten des Pariser Mai 68 forderten nicht

## Hans-Jürgen Wirth

Dr. rer. soc., Dipl.-Psych., geb. 1951; psychologischer Psychotherapeut und Psychoanalytiker; apl. Professor für Psychoanalyse an der Universität Bremen; Verleger des Psychosozial-Verlages, Goethestraße 29, 35390 Gießen. hjw@psychosozial-verlag.de

nur die Abschaffung der Macht, sondern formulierten auch: „Die Phantasie an die Macht!“ und „Alle Macht dem Volke!“ Macht ist ein schillerndes Phänomen, das höchst ambivalente Gefühle, Phantasien und Wertungen wachruft. Macht wird einerseits entwertet, verdammt, gar verteuelt; andererseits löst sie Faszination aus. Viele Menschen bewundern und beneiden diejenigen, die sie ausüben, und träumen heimlich davon, selbst über unendlich viel Macht zu verfügen.

Interessanterweise ergeht es dem Begriff des Narzissmus ähnlich wie dem der Macht: Auch ihm haftet eine höchst ambivalente Tönung an. Sigmund Freud stellt dem Narzissmus die Objektliebe diametral gegenüber.<sup>2</sup> Je mehr man seine begrenzte libidinöse Energie an andere Menschen als Liebe und Zuneigung verschenke, umso weniger bleibe sozusagen dafür übrig, sich selbst zu lieben. Wer umgekehrt in erster Linie an sich selbst denke, dem stünden für den Mitmenschen keine Liebesreserven mehr zur Verfügung.

Der Narzissmus erscheint mit dem Egoismus assoziiert und demnach als eine antisoziale

Eigenschaft. Wenn wir einen Menschen als narzisstisch bezeichnen, werten wir ihn ab und charakterisieren ihn als egoistisch, ich-bezogen und in seinen sozialen Beziehungen beeinträchtigt. Narzisstisch gestörte Persönlichkeiten gelten als psychotherapeutisch schwer behandelbar, und die von manchen Autoren postulierte Zunahme narzisstischer Störungen im „Zeitalter des Narzissmus“<sup>3</sup> wird als Zeichen eines tiefgreifenden sozialen Verfalls gedeutet. Der amerikanische Soziologe Richard Sennett erklärt den Narzissmus gar zur „protestantischen Ethik von heute“ und lässt keinen Zweifel daran, dass er den *Terror der Intimität* für ein Grundübel der an narzisstischen Zielen und Werten orientierten Gesellschaft hält.<sup>4</sup>

## Suchtartige Machtprozesse

Narzisstisch gestörte Menschen streben nach Macht, weil sie damit ihr mangelhaftes Selbstwertgefühl kompensieren wollen. Umgekehrt nährt die Möglichkeit, Macht auszuüben, Größen- und Allmächtsphantasien. Macht wirkt wie eine Droge: Die Selbstzweifel verfliegen, das Selbstbewusstsein steigt. Machtphantasien dienen häufig der Überwindung unerträglicher Ohnmachtgefühle. Gehen Narzissmus, Macht und Aggression eine enge Verbindung ein, kommt es zu destruktiven und selbstdestruktiven Entladungen. Liebespartner, aber auch andere Interaktionspartner verzahnen sich häufig in einem Macht-Ohnmacht-Kampf, den Paartherapeut Jürg Willi beziehungs-dynamisch als „unbewusste narzisstische Kollusion“ beschrieben hat.<sup>5</sup>

Das Problem der Macht hängt einerseits mit der existenziellen Abhängigkeit des Menschen und andererseits mit seinem ebenso existenziellen Bedürfnis nach Souveränität zusammen. Der Mensch bleibt sein ganzes Leben lang auf Anerkennung durch andere angewiesen. Schon der Säugling hat ein pri-

<sup>1</sup> Jacob Burckhardt (1868), Weltgeschichtliche Betrachtungen, in: Gesamtausgabe, Bd. VII, Basel 1929, S. 1–208, hier S. 73.

<sup>2</sup> Vgl. Sigmund Freud (1914), Zur Einführung des Narzissmus, in: Gesammelte Werke, Bd. X, Frankfurt/M. 1999, S. 137–170.

<sup>3</sup> Vgl. Christopher Lasch (1979), Das Zeitalter des Narzissmus, München 1982.

<sup>4</sup> Vgl. Richard Sennett (1977), Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt/M. 1983.

<sup>5</sup> Jürg Willi, Die Zweierbeziehung, Reinbek 1975.

märes Interesse am Kontakt mit anderen Menschen. Damit sich ein Gefühl der Identität entwickeln kann, bedarf es eines Gegenübers, das durch Liebe, Vertrauen und Anerkennung das Selbst-Gefühl bestätigt – oder genauer: überhaupt erst konstituiert. Die Erfahrung, auf den anderen und sein Wohlwollen und sein Vertrauen in fundamentaler Weise angewiesen zu sein, gehört zu den schmerzlichsten, aber auch beglückendsten Erfahrungen, denen jeder Mensch vom Beginn seines Lebens an immer wieder ausgesetzt ist.

Die Ausübung von Macht, der pathologische Narzissmus und der irrationale fanatische Glaube stellen Strategien dar, um diese Abhängigkeit zu verleugnen. Indem man andere mit Hilfe der Macht unterjocht, versklavt oder sich in anderer Form gefügig macht, kann man sich die Illusion verschaffen, unabhängig zu sein. Der andere soll gezwungen werden, seine Anerkennung auszu-drücken, ohne selbst Anerkennung zu ernten. Die Anhäufung von noch so viel Macht kann das menschliche „Urbedürfnis“ nach Liebe und Anerkennung jedoch nicht ersetzen, sondern nur umformen. Wer Macht hat, kann sich Liebe und Anerkennung zwar erzwingen und erkaufen, er verschleiert damit jedoch nur seine fundamentale Abhängigkeit, ohne sie wirklich aufheben zu können: „Damit beginnt ein *Circulus vitiosus*: Je mehr der andere versklavt wird, desto weniger wird er als menschliches Subjekt erfahren“,<sup>16</sup> und desto mehr Gewalt muss das Selbst gegen ihn einsetzen, um die erhoffte Anerkennung zu erhalten. Denn je größer die Gewalt ist, mit der Anerkennung erzwungen wird, umso weniger ist sie wert. Aus dieser Dynamik leitet sich der suchtartige Charakter von Machtprozessen ab.<sup>17</sup>

Das dynamische Wechselspiel zwischen Narzissmus und Macht wird auf der einen Seite durch die Machtgelüste des Herrschers geprägt, die auf der anderen Seite durch die Bedürfnisse der Beherrschten nach Unterwerfung, Schutz und blinder Gefolgschaft er-

gänzt werden und dessen Macht überhaupt erst ermöglichen. Gesellschaftliche Macht wird gesucht, um innere Gefühle von Ohnmacht, Hilflosigkeit und Minderwertigkeit zu kompensieren. Im fanatischen *Glauben* an die übermenschliche Macht der Führerfigur versucht das Subjekt, die eigene Omnipotenz durch eine Unterwerfung zu sichern, die mit der heimlichen Phantasie verbunden ist, durch Über-Identifikation mit der als übermächtig erlebten Autorität an deren Macht zu partizipieren.

## Macht und Machtmissbrauch

Moderne psychoanalytische Konzepte wie die „relationale Psychoanalyse“<sup>18</sup> betrachten den Narzissmus nicht mehr als „einsame Beschäftigung des Subjekts mit sich selbst“<sup>19</sup>, sondern als Ausdruck und Medium des Bedürfnisses, von anderen geliebt und anerkannt zu werden. Einerseits sind wir bestrebt, uns als Individuen unserer Einzigartigkeit und Individualität zu vergewissern, andererseits sind wir dazu aber – paradoxerweise – auf die spiegelnde Anerkennung (und Liebe) der anderen angewiesen. Im Unterschied zur Freudschen Auffassung bildet der Narzissmus demnach „keinen Gegensatz zur Objektbeziehung, er ist in einem Zwischenbereich angesiedelt, welcher das Selbst mit dem anderen verbindet.“<sup>10</sup>

So wie der Narzissmus ein allgegenwärtiger Aspekt des Seelenlebens ist, stellt auch die Macht einen unvermeidlichen Bestandteil des sozialen Lebens dar. Sowohl Narzissmus als auch Macht lassen sich nur über ihren Beziehungsaspekt erschließen. Macht existiert nicht schlechthin, sondern man übt sie über etwas oder über jemanden aus.<sup>11</sup> Niklas Luhmann versteht Macht als ein „Kommunikationsmedium“, das dazu dient, „auf einen Partner, der in seinen Selektionen dirigiert werden

<sup>16</sup> Jessica Benjamin (1988), *Die Fesseln der Liebe*. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht, Frankfurt/M. 1996, S. 213.

<sup>17</sup> Vgl. Hans-Jürgen Wirth, *Narzissmus und Macht: Zur Psychoanalyse seelischer Störungen in der Politik*, Gießen 2002.

<sup>18</sup> Vgl. Stephen A. Mitchell, *Bindung und Beziehung*. Auf dem Weg zu einer relationalen Psychoanalyse, Gießen 2003; ders., *Kann denn Liebe ewig sein? Psychoanalytische Erkundungen über Liebe, Begehren und Beständigkeit*, Gießen 2004.

<sup>19</sup> Martin Altmeyer, *Narzissmus und Objekt*. Ein intersubjektives Verständnis der Selbstbezogenheit, Göttingen 2000, S. 228.

<sup>10</sup> Ebd., S. 22.

<sup>11</sup> Vgl. Vittorio Hösle, *Moral und Politik*. Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert, München 1997.

soll“, Einfluss zu nehmen.<sup>12</sup> Der Soziologe Max Weber definiert Macht als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht“.<sup>13</sup> In seinem berühmten Essay „Politik als Beruf“ richtet er im Zusammenhang mit den negativen Wirkungen der Macht seinen soziologischen Blick auf „einen ganz trivialen, allzu menschlichen Feind (. . .): die ganz gemeine Eitelkeit“.<sup>14</sup> Er bezeichnet sie als „Berufskrankheit“ der Politiker (und der Wissenschaftler) und vermutet, sie sei eine Eigenschaft, von der sich niemand ganz frei wähnen könne. Bei Weber findet sich auch eine implizite Definition von Machtmissbrauch: „Die Sünde gegen den heiligen Geist seines Berufs aber beginnt da, wo dieses Machtstreben *unsachlich* und ein Gegenstand rein persönlicher Selbstberauschung wird, anstatt ausschließlich in den Dienst der ‚Sache‘ zu treten.“<sup>15</sup> Interessanterweise thematisiert Weber hier implizit bereits den engen Zusammenhang zwischen Narzissmus und Macht, auch wenn ihm der Begriff des Narzissmus als Soziologe nicht geläufig war.

Die Ausübung von Macht wird problematisch, wenn die Leitungsfunktion vom pathologischen Narzissmus der Führungsperson bestimmt wird, wenn der Führer seine Macht dazu benutzt, seine unbewussten narzisstischen Konflikte auszuagieren oder abzuwehren. Es ist einer Führungsperson durchaus erlaubt, ihre gesunden narzisstischen und auch ihre aggressiven Strebungen in ihre Arbeit einfließen zu lassen: „Die Machtausübung ist ein wesentlicher, unvermeidbarer Teil der Führung und verlangt von der Führungskraft, dass sie sich die aggressiven Aspekte ihrer eigenen Persönlichkeit problemlos zunutze machen kann.“<sup>16</sup> Auch sind die gesunden narzisstischen Wünsche und Bedürfnisse eine wichtige Stimulanz für die Führungsaufgabe. So ist es unproblematisch, wenn ein Führer stolz auf seine Arbeit und die Erfolge ist, die er selbst und die von ihm geleitete Gemein-

schaft erreicht haben. Sein Selbstwertgefühl sollte sich durch solche Erfolge steigern, er sollte sich auch gerne mit seiner Arbeit in der Öffentlichkeit zeigen und sich dafür anerkennen, feiern und ggf. auch wählen lassen. Das alles sind Ausdrucksformen eines gesunden Narzissmus, die der sachlichen Arbeit und auch der Entwicklung der Persönlichkeit des Führers und der Weiterentwicklung der Gruppen-Identität förderlich sind.

Wir können jedoch dann von Machtmissbrauch sprechen, wenn der Mächtige seine Stellung dazu benutzt, Interessen und Bedürfnisse zu befriedigen, die mit der sachlichen Aufgabe, die mit seiner sozialen Rolle verknüpft sind, nichts zu tun haben, sondern primär oder ausschließlich seiner „persönlichen Selbstberauschung“, seiner „Eitelkeit“, also seinem pathologischen Narzissmus dienen. Entsprechend könnte man den pathologischen Narzissmus (im Unterschied zum gesunden) dadurch kennzeichnen, dass andere Menschen (mit Hilfe von Macht) funktionalisiert werden, um das eigene Selbstwertgefühl zu stabilisieren. Besonders problematisch wird der Machtmissbrauch dann, wenn sich die Gemeinschaft in ihrer kollektiven Identität bedroht fühlt, ein narzisstisch gestörter Führer die Macht erringen kann und dieser ein „gewähltes Trauma“<sup>17</sup> und einen gemeinsamen Außenfeind aussucht, um die emotionalen Konflikte der Großgruppe dort auszuagieren.

## Der Wille zur Macht und die Sehnsucht nach dem Führer

Narzissmus ist nicht nur eine der zentralen psychischen Voraussetzungen zur Ausübung von Macht, sondern die Ausübung von Macht ist auch eine wirkungsvolle Stimulanz für das narzisstische Selbsterleben. Wer erfolgreich seinen Willen durchzusetzen vermag, fühlt sich narzisstisch gestärkt. Menschen, die unter einem gestörten Selbstwertgefühl leiden, entwickeln häufig als Bewältigungsstrategie ein übersteigertes Selbstbild, das durch die Ausübung von Macht eine Stärkung erfährt. Beispielsweise kommt es in Paarbeziehungen häufig vor,

<sup>12</sup> Niklas Luhmann, *Macht*, Stuttgart 1975, S. 8.

<sup>13</sup> Max Weber (1921), *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1980, S. 28.

<sup>14</sup> Ders. (1919), *Politik als Beruf*, Tübingen 1994, S. 74.

<sup>15</sup> Ebd., S. 75.

<sup>16</sup> Otto F. Kernberg (1998), *Ideologie, Konflikt und Führung. Psychoanalyse von Gruppenprozessen und Persönlichkeitsstruktur*, Stuttgart 2000, S. 139.

<sup>17</sup> Vamik D. Volkan, *Das Versagen der Diplomatie. Zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte*, Gießen 1999.

dass der eine Partner – von untergründigen Selbstwertzweifeln geplagt – ständig versucht, den anderen zu dominieren. Er zwingt ihm seinen Willen auf, um sich selbst zu beweisen, dass er der Wertvollere, Klügere, Überlegene ist. Bei solchen paardynamischen Machtkämpfen tritt der inhaltliche Aspekt – welche Entscheidungen und Handlungen nun im Einzelnen gefällt werden sollen – mehr und mehr in den Hintergrund zugunsten der bloßen Tatsache, den eigenen Willen wieder einmal durchgesetzt zu haben. Die Machtausübung dient der narzisstischen Gratifikation. Ein Mensch, der stark darauf angewiesen ist, sein labiles Selbstwertgefühl laufend durch demonstrative Beweise seiner Großartigkeit zu stabilisieren, wird sich an die einmal erreichten Positionen klammern, die ihm die Ausübung von Macht gestatten.

Konstellationen, welche die Ausübung von Macht begünstigen, können darin bestehen, dass die Partner besonders bereitwillig sind, sich auf die Bedürfnisse eines pathologischen Narzissten einzulassen, weil dies ihren eigenen pathologischen Wünschen nach Anpassung und Unterwerfung entgegenkommt. Schon Wilhelm Reich hat „zwei narzisstische Typen“ unterschieden:<sup>18</sup> Der Typus des phallischen Narzissten zeichnet sich durch eine übersteigerte und demonstrativ zur Schau getragene Selbstsicherheit aus, um damit sein latentes Minderwertigkeitsgefühl zu kompensieren. Ihm könnte man raten: „Mach dich nicht so groß, so klein bist du doch gar nicht.“ Beim zweiten Typus des Narzissten ist es genau umgekehrt: Er leidet unter einem manifesten Minderwertigkeitsgefühl, hinter dem sich latente Größenphantasien verbergen. Auf ihn trifft das Motto zu: „Mach dich nicht so klein, so groß bist du doch gar nicht.“ In der Terminologie des Paartherapeuten Willi würde man vom phallischen Narzissten und vom Komplementär-Narzissen sprechen, die sich in einer Kollusion ergänzen können.<sup>19</sup> Das Modell der Kollusion, also des unbewussten Zusammenspiels zweier sich unbewusst ergänzender Partner, trifft auch für die Interaktion zwischen Führer und Großgruppe (Freud spricht von „Masse“) zu. Der geltungsbedürftige Führer ist nur dann

erfolgreich, wenn er auf ein Publikum trifft, das bereit ist, sein Spiel mitzumachen. Der pathologische Narzissmus des Führers verzahnt sich mit der wie auch immer gearteten Pathologie seiner Interaktionspartner.

Die Sehnsucht nach einem guten, weisen Führer stellt eine Regression, ein Zurückfallen auf eine kindliche Stufe der psychischen Entwicklung dar. In der Kinderzeit waren es die Eltern, die das Leben geordnet haben, die man um Rat fragen und denen man Vertrauen schenken konnte. Wenn es nun in der Gesellschaft der Erwachsenen jemanden gäbe, der, mit natürlicher Autorität ausgestattet, das Leben ordnen würde, dann wäre das aus dieser kindlichen Sicht ein idealer Zustand. Viele Menschen fühlen sich von den Anforderungen und der Komplexität der modernen Gesellschaft überfordert und sehnen sich danach, in einer kindlichen Position zu verharren und Elternfiguren zu haben, einen König, einen guten Führer, die scheinbar wissen, „wo es lang geht“, die Entscheidungen fällen und dabei verantwortungsvoll und wohlwollend vorgehen. Der kindliche Wunsch, so verständlich er ist, funktioniert jedoch aus verschiedenen Gründen nicht. So besteht immer die Gefahr, dass die Herrscher ihre Machtposition ausnutzen und gar keine so guten Eltern sind. Auch reale Eltern sind ja nicht immer weise und gütig, sondern häufig auch fehlerhaft und unfähig zu erziehen; in Extremfällen missbrauchen sie ihre Kinder sogar.

In demokratischen Gesellschaften sollte sich die Beziehung zwischen den gewählten Politikern und dem Volk nicht nach dem Muster von Eltern-Kind-Beziehungen strukturieren, sondern ein Verhältnis unter erwachsenen Partner sein. Dies erfordert auch bei der Bevölkerung ein hohes Maß an Mitverantwortung, d. h. auch Geduld, Frustrationstoleranz und Kompromissfähigkeit. Ein Teil der Politikverdrossenheit ist nicht auf das reale Versagen von Politikern zurückzuführen, sondern auf die Enttäuschung, dass demokratische Prozesse grundsätzlich durch langwierige Entscheidungsfindung und Kompromisse charakterisiert sind. Kompromiss- und Konsensbildung haftet immer das negative Image der Halbherzigkeit an. Die Wunschphantasie vom weisen Führer, der mit harter, aber gerechter und klarer Hand eindeutig seine Entscheidungen fällt, entspringt dem

<sup>18</sup> Vgl. Wilhelm Reich (1922), Zwei narzisstische Typen, in: ders., Frühe Schriften I. Aus den Jahren 1920 bis 1925, Frankfurt/M. 1977, S. 144–152.

<sup>19</sup> Vgl. J. Willi (Anm. 5).

Bedürfnis, unter dem Schutz einer allmächtigen Elternfigur gut aufgehoben zu sein.

Wenn das Bedürfnis, sich mächtigen Elternfiguren zu unterwerfen, übergroß wird, kann es sogar dazu kommen, dass sadistische und brutale Diktatoren geliebt und bewundert werden. So wie Kinder ihre Eltern auch dann lieben, wenn diese sie missbraucht oder misshandelt haben, werden auch sadistische Herrscher geliebt. Aus der seelischen Sicht von Kleinkindern ist es immer noch besser, schlechte Eltern zu haben als gar keine. Die Eltern werden von Schuld entlastet, indem die Kinder die Verantwortung für die Schandtaten der Eltern auf sich nehmen und die Eltern von Schuld reinwaschen und idealisieren. Der gleiche Prozess spielt sich zwischen politischen Führerfiguren und ihren Anhängern ab – eine masochistische Unterwerfung, mit der eigene Ängste und Unsicherheiten kompensiert werden.

Pathologische Narzissten sind häufig besonders erfolgreich bei der Durchsetzung ihres eigenen Willens, weil ihnen die Ausübung von Macht innere Stabilität verleiht. Es kommt hinzu, dass die soziale Pathologie, die die narzisstisch gestörte Führerpersönlichkeit im sozialen Feld induziert, von den Spaltungen profitiert, „die innerhalb dieses Feldes bereits vorhanden sind und die Konflikte in der administrativen Struktur der sozialen Organisation widerspiegeln. IntrapSYchischer Konflikt und sozialer Konflikt verstärken einander auf diese Weise gegenseitig.“<sup>20</sup> Der Mächtige dominiert und unterdrückt die Gruppe, über die er Macht ausübt, nicht nur, sondern umgekehrt befindet sich der Mächtige auch in psychischer Abhängigkeit von den Untergebenen. Wenn er auf die narzisstische Zufuhr, auf die Liebe und Anerkennung durch die Beherrschten angewiesen ist, haben diese unzählige Möglichkeiten, ihn zu manipulieren und auszunutzen. Das starke Bedürfnis des Mächtigen, geliebt und bewundert zu werden, zwingt ihn, den Wünschen der Gruppe nachzukommen und ihre Erwartungen zu erfüllen. Dies gilt sowohl für den Kontakt des Mächtigen mit seinen engsten Mitarbeitern als auch für den mit den Mitgliedern seiner Partei, mit den verschiedensten Lobbyisten bis hin zum Kontakt mit den „verehrten Wählerinnen und Wählern“.

<sup>20</sup> O. F. Kernberg (Anm. 16), S. 27 f.

Eigentlich müsste er überall die Ich-Stärke haben, sich abzugrenzen und seine Entscheidungen unter sachlichen Gesichtspunkten zu treffen, die das Wohl des Ganzen im Auge haben. Seine narzisstische Bedürftigkeit hindert ihn häufig daran.

## Fremdenangst und Fremdenhass

Macht übt gerade auf solche Personen eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus, die an einer narzisstischen Persönlichkeitsstörung leiden. Ungezügelter Selbstbezogenheit, Siegermentalität, Karrierebesessenheit und Größenphantasien sind Eigenschaften, die der narzisstisch gestörten Persönlichkeit den Weg in die Schaltzentralen der Macht ebnen. Indem sich der narzisstisch gestörte Führer vorzugsweise mit Jasagern, Bewunderern und gewitzten Manipulatoren umgibt, verschafft er sich eine Bestätigung seines Selbstbildes, untergräbt jedoch zugleich seine realistische Selbstwahrnehmung und verfestigt seinen illusionären und von Feindbildern geprägten Weltbezug. Fremdenhass und Gewalt gegen Sündenböcke zu schüren, die Spaltung in absolut böse und absolut gute Objekte und die Berufung auf einen allmächtigen Gott, in dessen Auftrag man handle, gehören zu den bevorzugten Herrschaftstechniken narzisstisch gestörter Führerpersönlichkeiten. Geblendet von seinen eigenen Größen- und Allmachtsphantasien und von der Bewunderung, die ihm seine Anhänger entgegenbringen, verliert der Narzisst den Kontakt zur gesellschaftlichen Realität und muss letztlich scheitern, auch wenn er zeitweise noch so grandiose Erfolge feiern kann. Häufig folgt nach glänzenden Siegen ein jäher und unerwarteter Absturz, weil der narzisstische Herrscher im Vollgefühl seiner Omnipotenz den Bogen überspannt hat.

Die Kehrseite von Omnipotenzphantasien sind paranoide Verfolgungsängste. Weil gut und böse aufgespalten sind, wird die eigene Großartigkeit ebenso überschätzt wie die Bösartigkeit der als feindlich wahrgenommenen Fremden. Man kann zwei Typen der Fremdenfeindlichkeit unterscheiden: einen ängstlichen und einen hasserfüllten Typus.<sup>21</sup> Bei beiden ist der Abwehrmechanismus der

<sup>21</sup> Vgl. Hans-Jürgen Wirth, Fremdenhass und Gewalt als psychosoziale Krankheit, in: Psyche, 55 (2001) 11, S. 1217–1244.

Projektion von zentraler Bedeutung. Bei der Fremdenangst (Xenophobie) werden die verpönten Anteile zunächst verdrängt und dann auf den Fremden projiziert. Nun werden sie nur noch dort wahrgenommen und sind aus dem eigenen bewussten Erleben ausgeklammert. Um relativ angstfrei leben zu können, muss der Phobiker nur noch dem ängstigen Fremden aus dem Wege gehen.

Ganz anders jedoch der Typus des narzisstisch gestörten Fremdenhassers: Bei ihm liegt eine besondere Form der Projektion vor, die „projektive Identifizierung“. Dabei werden die verpönten Anteile – insbesondere aggressive Impulse – nur unvollständig oder gar nicht verdrängt. Sie bleiben im Bewusstsein präsent. Ihre Projektion auf äußere Feinde bringt deshalb nur unzureichende Entlastung. Daraus entsteht das Bedürfnis, das Objekt, auf welches die aggressiven Impulse projiziert wurden und das deshalb gefürchtet wird, ständig zu kontrollieren. Der Feind wird nicht phobisch gemieden, sondern es wird ein kontrollierender, aggressiver und verfolgender Kontakt mit ihm gesucht. Der Feind soll bestraft oder gar vernichtet werden. Der Fremdenhasser bleibt mit seinen eigenen aggressiven Impulsen bewusst identifiziert, obwohl er sie projiziert hat – daher der Begriff „projektive Identifizierung“. Die vollständige Dämonisierung des Gegners wird zur Rechtfertigung für den eigenen Hass, der als reine „Gegenaggression“ rationalisiert wird. Typischerweise geht die projektive Identifizierung mit einer misstrauisch-wahnhaften Umgestaltung der Realität einher. Das Feindbild erhält eine paranoide Komponente, es wird zur überwertigen fixen Idee bzw. Ideologie, die fanatisch gegen alle Zweifler verteidigt wird. Schließlich kommt es zur „totalen Fixierung auf den Kampf gegen den Verfolger bis zu blinder Selbstgefährdung“,<sup>22</sup> wie dies aus politischen Konflikten bekannt ist.

Der bis zur Selbstvergötterung gesteigerte Narzissmus, die Vorstellung, Gott gleich Herrscher über Leben und Tod zu sein, liefert die psychische Grundlage für die Missachtung jeder gesetzlichen Schranke und aller Rechte fremder Individualitäten. Der Eindruck, eine göttliche Macht über Leben und Tod auszuüben, lässt die Vorstellung entste-

<sup>22</sup> Horst-Eberhard Richter (1978), *Zur Psychologie des Friedens*. Neuauflage, Gießen 2005, S. 121.

hen, „ein über alle Menschen durch die Natur selbst erhobenes Wesen zu sein“, eine Allmachtsphantasie, die Horst-Eberhard Richter als „Gotteskomplex“ beschrieben hat.<sup>23</sup> Der mörderische Sadismus entspringt nicht einer sexuellen Lust, sondern dem Bedürfnis, absolute Kontrolle über ein anderes lebendes Wesen zu erhalten.

Eng verknüpft mit dem Realitätsverlust der narzisstisch gestörten Führungspersönlichkeit ist ihre Abkehr von den Normen, Werten und Idealen, denen sie selbst und ihre Institution eigentlich verpflichtet sind. Der Verrat der kommunistischen Ideale durch die inzwischen gestürzten Despoten des real existierenden Sozialismus ist ein eindrucksvolles Beispiel für diese Tatsache. Beim *Typus des paranoiden Führers* steigern sich Skrupellosigkeit, Zynismus und Menschenverachtung in einem Ausmaß, dass sich eine Verfolgungsmentalität und ein Terrorsystem herausbilden.

Dem paranoiden Führer geht es im Gegensatz zum narzisstischen Führer nicht darum, geliebt zu werden, „sondern er ist vielmehr sehr misstrauisch gegenüber denjenigen, die ihn zu mögen vorgeben, und er fühlt sich nur dann sicher, wenn er mit Hilfe von Angst die anderen omnipotent kontrollieren und unterwerfen kann“.<sup>24</sup> Werden große gesellschaftliche, politische oder nationale Gruppierungen von einem paranoiden Anführer geleitet, entwickelt sich häufig eine politische Konstellation, in der reale Gefahren zum Beweis dafür werden, dass die paranoiden Feindbilder wirklich gerechtfertigt sind.

<sup>23</sup> Horst-Eberhard Richter (1979), *Der Gotteskomplex. Die Geburt und die Krise des Glaubens an die Allmacht des Menschen*. Neuauflage, Gießen 2005.

<sup>24</sup> Otto F. Kernberg, *Affekt, Objekt und Übertragung. Aktuelle Entwicklungen der psychoanalytischen Theorie und Technik*, Gießen 2002, S. 153.

Thymian Bussemer

# Psychologie der Propaganda

Wenn es um die Wirkung der Medien auf die Menschen geht, kann die Kommunikationswissenschaft auf die Hilfe psychologischer Theorien und Modelle nicht verzichten. Aus dieser Wissenschaft kommen ganz überwiegend die Hypothesen und Denkmodelle, die in der empirischen Medienforschung die Grundlagen für Tests und Studien bilden und diese in ihren Erkenntnisinteressen leiten: Wirken häufig vorgetragene Slogans intensiver, oder wenden sich die Menschen bei ständiger Wiederholung überdrüssig ab? Haben mit Pro- und Contra-Argumenten übermittelte Botschaften eine größere Chancen zu überzeugen als solche, die nur eine Sichtweise transportieren und damit beim Leser oder Zuschauer Manipulationsverdacht wecken? Lassen sich – etwa in der Werbung – Reize medial so gestalten, dass die Rezipientinnen und Rezipienten sich ihnen nicht entziehen können? Diese Fragen kann die Medienforschung nicht bearbeiten, ohne auf kognitionspsychologische Modelle zurückzugreifen.

## Thymian Bussemer

Dr. rer. pol., geb. 1972; Kommunikationswissenschaftler und Persönlicher Referent der Präsidentin an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, Große Scharrnstraße 59, 15230 Frankfurt/Oder. bussemer@euv-ffo.de

etwa in der Werbung – Reize medial so gestalten, dass die Rezipientinnen und Rezipienten sich ihnen nicht entziehen können? Diese Fragen kann die Medienforschung nicht bearbeiten, ohne auf kognitionspsychologische Modelle zurückzugreifen.

Ganz besonders gilt dies für einen Spezialbereich der gesellschaftlichen Kommunikation, die politische Propaganda.<sup>1</sup> Die unterschiedlichen Ausprägungen und theoretischen Modellierungen, die diese Kommunikationstechnik im Lauf der Jahrzehnte erfahren hat, sind mit den verschiedenen psychologischen Basisannahmen über ihr Wirken (und damit über die Art und Weise, wie man sie am besten gestalten könne) so eng verknüpft, dass es legitim erscheint, die Geschichte der modernen Propaganda als Geschichte unterschiedlicher psychologischer Denkmodelle über ihre Wirkung zu schreiben. Denn Propagandabotschaften müssen stets so gestaltet sein, dass sie a) mit den Interessen und Zielen der Propa-

gandisten in Einklang stehen, b) durch das Mediensystem freiwillig oder auf Grund von Zwang transportiert werden können und c) vom Publikum im Sinne der Propagandisten aufgenommen werden. Letzteres, die Akzeptanzfähigkeit der Botschaften bei ihren Empfängern, ist in der Propagandakommunikation der zentrale Punkt, der über Erfolg oder Misserfolg entscheidet. Überlegungen und Spekulationen auf Seiten der Propagandisten über die vermuteten Eigenschaften des Publikums und die psychologischen Faktoren des Wirkungsprozesses stehen so im Mittelpunkt jeder Reflexion über Propaganda.

## Propaganda und Massenpsychologie

Die Hervorbringung moderner, systematisch geplanter und auf das in der Industrialisierung entstandene Massenmediensystem bezogener Propaganda<sup>2</sup> beginnt Ende des 19. Jahrhunderts mit einer Denkschule, die sich bis heute als Massenpsychologie bezeichnet. Zur Zeit ihrer Entstehung um 1880 herum sah sich die Bourgeoisie in den europäischen Ländern zunehmend bedrängt, weil die Arbeiterklasse ihr die kurz zuvor erworbenen sozialen und politischen Mitspracherechte in der Gesellschaft streitig machte. Das Bürgertum reagierte darauf mit einer Abwendung vom bis dahin gültigen liberalen Theorem einer gleichberechtigten Teilhabe aller an der gesellschaftlichen Diskussion, die faktisch seit der Aufklärung jene Doktrin abgegeben hatte, mit der die Bourgeoisie ihre eigenen Mitspracherechte eingefordert hatte. Was sich schon in den Schriften einiger Vordenker ab-

<sup>1</sup> Propaganda soll hier *als die in der Regel medienvermittelte Formierung handlungsrelevanter Meinungen und Einstellungen politischer oder sozialer Großgruppen und als Herstellung von Öffentlichkeit zugunsten bestimmter Interessen* verstanden werden. Propaganda zeichnet sich durch die *Komplementarität vom überhöhten Selbst- und denunzierendem Fremdbild* aus und *ordnet Wahrheit dem instrumentellen Kriterium der Effizienz* unter.

<sup>2</sup> Propaganda als Kommunikationstechnik ist wesentlich älter. Die Prägung des Begriffs geht zurück auf die „*sacra congregatio de propaganda fide*“, eine Gründung des Papstes Gregor XV. aus dem Jahre 1622. Diese Akademie des Vatikans hatte die Aufgabe, sich im Zuge der Gegenreformation systematisch damit zu beschäftigen, wie die römisch-katholische Kirche ihre Missionstätigkeit professionalisieren könnte. Der lateinische Begriff „*propagare*“ (ausbreiten, fortpflanzen) wurde hier erstmalig auf den Bereich der Kommunikation angewandt.

gezeichnet hatte, wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts virulent: Die Herrschaft der öffentlichen Meinung erschien als Herrschaft der Vielen und der Mittelmäßigen: „So beklagt Mill geradezu das ‚Joch der öffentlichen Meinung‘, die ‚moralischen Zwangsmittel der öffentlichen Meinung‘; und sein großes Plädoyer ‚On Liberty‘ richtet sich bereits gegen die Gewalt der Öffentlichkeit, die bis dahin als Garantie der Vernunft gegen Gewalt überhaupt gegolten hatte. Es zeige sich ‚in der Gesamtheit eine wachsende Neigung, die Gewalt der Gesellschaft durch die Macht der öffentlichen Meinung ins Ungehörige auszu dehnen‘.“<sup>13</sup>

Dieses Unbehagen angesichts des Primats der Gleichheit vor der Freiheit transformierte sich zusehends in eine soziologisch und psychologisch verbrämte Massentheorie. Diese war nicht mehr um das liberale Erbe besorgt, sondern hielt den Liberalismus für eine gescheiterte, wenn nicht sogar von Anfang an falsche Lehre. Entsprechend verstand sie sich nicht als Diagnose gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, sondern als Handlungswissenschaft, die konkrete Anleitungen zum Weg aus der vermeintlichen Krise liefern und die bedrohte Herrschaft der Eliten sichern helfen wollte. Zu ihrem Forschungsprogramm erhob die Massenpsychologie das rationale Studium des Irrationalen: Ihre Vertreter gaben vor, die Gesetzmäßigkeiten innerer psychologischer Prozesse aufdecken und in ein wissenschaftlich fundiertes, sozialpsychologisches System überführen zu können. Die Industrialisierung und die durch sie ausgelösten Prozesse wurden als Ursache für die herrschende gesellschaftliche Anomie begriffen. Das Gegenbild zum rationalen, aufgeklärten Menschen war im Denken von Autoren wie Gabriel Tarde, Gustave Le Bon oder Scipio Sighele nicht mehr der in (vor)feudalen Stammeszusammenhängen gefangene, unaufgeklärte Mensch, sondern die „Masse“: „Mit der Transformation der Gesellschaft zur Massengesellschaft tritt somit an die Stelle des aufgeklärten, selbstkritischen und autonomen Individuums in der Tradition des von der Aufklärung entwickelten Menschenbildes die Persönlichkeit des ‚Gefolgsmenschen‘. Dieser kompensiert im Interesse der Erhaltung von Orientierungsfähigkeit in einem undurch-

<sup>13</sup> Jürgen Habermas (1962), *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied-Berlin 1971, S. 162.

sichtig gewordenen gesellschaftlichen System den real erfahrenen Sinnverlust seiner selbst durch die unkritische Subordination in die seiner Disposition entzogenen Sozialbeziehungen und durch die Überidentifikation mit von außen stammenden Wertsystemen und Normen.“<sup>14</sup>

Prominentester Vertreter dieser neuen Denkrichtung war der französische Arzt Gustave Le Bon, der behauptete, verstanden zu haben, nach welchen Regeln Massen funktionieren und wie man sie manipulieren könne.<sup>15</sup> Le Bon gelang es, seine auf Alltagserfahrungen beruhenden Erkenntnisse als wissenschaftliche Beobachtungen auszugeben: Plötzlich war ein Programm verfügbar, mit dem sich die traditionelle Ordnung der Gesellschaft wiederherstellen ließ. Dazu mussten nur die Massen so manipuliert werden, dass sie sich dem Willen der Eliten fügten. Das Mittel dazu hieß Propaganda: „Die Kenntnis der Psychologie der Massen“, schrieb Le Bon, „ist heute das letzte Hilfsmittel für den Staatsmann, der diese nicht etwa beherrschen – das ist zu schwierig geworden –, aber wenigstens nicht allzu sehr von ihnen beherrscht werden will. Die Massenpsychologie zeigt, wie außerordentlich wenig Einfluß Gesetze und Einrichtungen auf die ursprüngliche Natur der Massen haben und wie unfähig diese sind, Meinungen zu haben außer jenen, die ihnen eingeflößt wurden; Regeln, welche auf rein begrifflichem Ermessen beruhen, vermögen sie nicht zu leiten. Nur die Eindrücke, die man in ihre Seele pflanzt, können sie verführen.“<sup>16</sup>

Damit war ein Programm umrissen, das für die nächsten fünfzig Jahre den Grundstein propagandistischen Denkens bilden sollte. Bei Le Bon finden sich erstmals Züge des später so mächtigen Gedankens, dass diejenigen, denen es gelingt, kollektive Phantasien, Bilder und Images zu kreieren und in Umlauf zu bringen, auch diejenigen sein werden, die das kollektive Bewusstsein kontrollieren können. Serge Moscovici spricht von drei Elementen, die „in der Massenpsychologie so gut wie invariant bleiben werden: Zuerst die Macht der

<sup>14</sup> Wolfgang Joulson, *Massen und Kommunikation. Zur soziologischen Kritik der Wirkungsforschung*, Weinheim 1990, S. 33 f.

<sup>15</sup> Vgl. Gustave Le Bon (1895), *Psychologie der Massen*, Stuttgart 1982.

<sup>16</sup> Ebd., S. 6.

Idee, von der alles abhängt, dann der unmittelbare Übergang vom Bild zur Handlung und schließlich die Vermengung von erlebter und suggerierter Wirklichkeit.“<sup>17</sup> Die Herrschaft über die propagandistisch aufgeladenen Bilder fällt im Denken der Massenpsychologie einem Führer zu, der mittels charismatischer Herrschaft die Massen „bändigen“ kann.

Ihren ersten großen Praxistest durchlief die auf der Massenpsychologie basierende Propaganda bei der nationalen Mobilisierung im Ersten Weltkrieg. Dieser wird vielfach nicht nur als erster moderner Propagandakrieg beschrieben, sondern auch als ein Krieg, in dem Propaganda ein bislang unbekanntes Ausmaß an Ideologisierung durchlief. „Kultur gegen Zivilisation“, „Freiheit gegen Sklaverei“, „Selbstbestimmung gegen Imperialismus“ – auf der Klaviatur solch dramatisierender Kontraste wurde von allen Parteien kräftig gespielt, wobei Briten und Amerikaner um einiges erfolgreicher waren als Deutsche und Österreicher. Übereinstimmend hielten die Strategiepapiere aller kriegführenden Generalstäbe fest, es gehe darum, den Massen bestimmte Botschaften „einzu-hämmern“.

Die hinter diesem Programm stehenden sozialpsychologischen Überlegungen waren zu diesem Zeitpunkt schon einer mehrfachen konzeptionellen Revision unterzogen worden. 1916 hatte Wilfred Trotter die These entwickelt, dass Menschen ähnlich wie Tiere auf äußere Reize reflexhaft mit einem festgelegten Repertoire von Antworten reagieren,<sup>18</sup> während Sigmund Freud 1921, drei Jahre nach Kriegsende, in seiner Schrift „Massenpsychologie und Ich-Analyse“<sup>19</sup> die Theorien Le Bons mit seinen Überlegungen zur Rolle des Unterbewussten zusammenführte. Diese beiden Verzweigungen der Massentheorie – ein biologistischer Diskursstrang auf der einen und eine Wendung ins Tiefenpsychologische auf der anderen Seite – sollten die Auseinandersetzung um die Psychologie der Pro-

paganda in den 1920er und 1930er Jahren bestimmen. Gerade Deutschland wurde in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, dessen Ausgang im deutschen Nachkriegsdiskurs maßgeblich auf ein „Propagandadefizit“ zurückgeführt wurde, zum Laboratorium für die Weiterentwicklung von Propagandatheorien. Wissenschaftler wie der Soziologe Johann Plenge,<sup>110</sup> der Werbetheoretiker Hans Domizlaff<sup>111</sup> – auf den das bizarre Postulat zurückgeht, man müsse „ins Gehirn der Masse kriechen“ – oder auch der Zeitungskundler Edgar Stern-Rubarth<sup>112</sup> arbeiteten an einer Weiterentwicklung und Verfeinerung des Propagandainstrumentariums. Beflügelt wurden diese Diskussionen auch von den Impulsen, die damals von der modernen Werbung, der Psychotechnik und anderen Denkschulen ausgingen.

## Stimulus-Response-Modell

Eine besondere Stellung nahm in der Diskussion um Propagandawirkungen zwischen 1925 und 1960 das so genannte Stimulus-Response-Modell ein, das bis heute in der Kommunikationswissenschaft als die erste einflussreiche Medienwirkungstheorie betrachtet wird. Dessen erkenntnistheoretische Grundlage ist die Theorie des Behaviorismus, die zwischen 1900 und 1960 weltweit rezipiert wurde. Begründer dieser Denkschule war der amerikanische Psychologe John Broadus Watson. Er nahm an, dass das Bewusstsein keinen relevanten Einfluss auf das menschliche Verhalten entfalte. Vielmehr sah er Verhalten stets als kausal rückführbare Reaktion auf äußere Reize, wobei die Verknüpfungen von Reiz und Reaktion nicht angeboren sein müssen, sondern auch erlernt bzw. erworben werden können.<sup>113</sup> Der so begründete Behaviorismus war für die Psychologie wie für die Soziologie bis in die 1960er Jahre hinein attraktiv, vor allem deshalb, weil er in seinem streng empirisch-positivistisch orientierten Wissenschaftsverständnis den Menschen zur

<sup>17</sup> Serge Moscovici (1981), *Das Zeitalter der Massen. Eine historische Abhandlung über die Massenpsychologie*, München–Wien 1984, S. 115.

<sup>18</sup> Vgl. Wilfred Trotter, *Instincts of the Herd in Peace and War*, London 1916.

<sup>19</sup> Sigmund Freud (1921), *Massenpsychologie und Ich-Analyse. Die Zukunft einer Illusion*, Frankfurt/M. 1995.

<sup>110</sup> Vgl. Johann Plenge, *Deutsche Propaganda. Die Lehre von der Propaganda als praktische Gesellschaftslehre*, Bremen 1922.

<sup>111</sup> Vgl. Hans Domizlaff, *Propagandamittel der Staatsidee*, Altona 1932.

<sup>112</sup> Vgl. Edgar Stern-Rubarth, *Die Propaganda als politisches Instrument*, Berlin 1921.

<sup>113</sup> Vgl. John B. Watson, *Psychology as the Behaviorist Views it*, in: *Psychological Review*, 20 (1913) 2, S. 158–177, bes. S. 166 f.

*black box* erklärte: Man könne zwar – so die Behavioristen – messen, welchen „Input“ in Form von Reizen man in ihn hineingibt und was von ihm als Reaktion zurückgegeben wird, über die Vorgänge im Inneren des Menschen könne man aber nur spekulieren und solle es deswegen lieber unterlassen.

Aus diesem Ansatz resultierte die Attraktivität des Paradigmas: Psychologie ließ sich als „exakte Wissenschaft“ betreiben. Im anglo-amerikanischen Sprachraum wurde der Behaviorismus neben Watson vor allem von dem Lernpsychologen Burrhus Frederic Skinner vertreten. Der bedeutendste Wissenschaftler dieser Schule war allerdings der 1904 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete russische Experimentalpsychologe Iwan Petrowitsch Pawlow. Er hatte jenes berühmte Experiment mit Hunden durchgeführt, bei dem jedes Mal, wenn die Tiere gefüttert wurden, ein Glöckchen läutete. Da Hunde anfangen zu speicheln, wenn sie Futter bekommen, taten sie dies auch, wenn Futter und Glöckchen zusammen gereicht bzw. betätigt wurden. Nach einer Weile reichte es, nur das Glöckchen zu betätigen (ohne Futter bereitzustellen), und die Tiere begannen zu speicheln. Ein angeborener Reflex war an einen neuen Stimulus gekoppelt worden; die Hunde hatten gelernt, die Glocke als Futterankündigung zu interpretieren. Auch menschliches Lernen leiteten die Behavioristen aus solchen Konditionierungsprozessen ab, in deren Verlauf eine Reaktion an einen bestimmten Reiz gebunden wird.

Diese Erkenntnisse bildeten für jene Wissenschaftler, die im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts um eine Psychologie der Propaganda rangen, eine Steilvorlage. Das Stimulus-Response-Modell schien perfekt dazu geeignet, die Wirkung politischer Propaganda zu erklären und Ratschläge für ihre effiziente Gestaltung zu formulieren. Schon während des Ersten Weltkriegs hatten sich populärwissenschaftliche Diskussionen um die Strategie gerankt, in der Propaganda möglichst starke Reize auszusenden, um an angeborene Instinkte zu appellieren und möglichst intensive Reaktionen zu provozieren. Im Jahr 1927 stellte der erste große Analytiker der Propaganda, der amerikanische Politikwissenschaftler Harold D. Lasswell, fest: „The strategy of propaganda (...) can readily be described in the language of *stimulus-respon-*

*se*.“<sup>14</sup> Wenige Jahre darauf legte der in Yale lehrende Psychologe Leonard W. Doob sein Standardwerk „Propaganda: Its Psychology and Technique“<sup>15</sup> vor. Erklärtes Ziel von Doob war es, die Propagandaanalyse auf eine gesicherte theoretische Grundlage zu stellen. Als zentrales theoretisches Konzept für die Erklärung von Propagandawirkungen diente ihm das Stimulus-Response-Modell: „When a stimulus has evoked a drive, the individual makes various responses. The responses which lead to reduction in tension are rewarding and those which do not decrease or in fact increase are punishing.“<sup>16</sup>

Doob ging davon aus, dass Propaganda Signale aussendet, die Menschen in einen Zustand innerer Erregung versetzen. Gelingt mit der daraufhin erfolgenden Reaktion eine Triebabfuhr, wird das spezifische Reiz-Reaktions-Muster als positiv empfunden und internalisiert. Dabei müssten die Stimuli keineswegs solche sein, die unmittelbar physische Reaktionen auslösen. Vielmehr handele es sich in der überwiegenden Zahl der Fälle um „Symbole“ etwa grafischer oder verbaler Art, die gesellschaftlich so konnotiert seien, dass sie beim Rezipienten eine mit bestimmten Assoziationen verbundene Form psychischer Erregung auslösen. Zentral für das auf dem Reiz-Reaktions-Schema beruhende Wirkungsmodell Doobs ist der Begriff der „Suggestion“. Mittels dieser kann es Propagandisten gelingen, spezifische Reaktionsmuster an neu geschaffene Reize zu binden, die dann vom Rezipienten gelernt und weiter verwendet werden. Es geht also um Symboltransfer: Der Adressat der Propaganda soll durch die suggestive Verbindung einer Idee oder Einstellung mit einer anderen dazu gebracht werden, auch diese zweite – in der Regel eben nur ähnliche, nicht identische – Idee zu akzeptieren. Leidet etwa ein Mensch unter seiner Erfolglosigkeit und gibt dafür anderen die Schuld, könnte durch propagandistische Suggestion bei ihm ein Zusammenhang zwischen dem eigenen Misserfolg und den – vielleicht nur vermeintlichen oder ebenfalls pro-

<sup>14</sup> Zit. in: Hans-Bernd Brosius/Frank Esser, Mythen in der Wirkungsforschung: Auf der Suche nach dem Stimulus-Response-Modell, in: Publizistik, 43 (1998) 4, S. 341–361, hier: S. 346.

<sup>15</sup> Leonard W. Doob, Propaganda. Its Psychology and Technique, New York 1935.

<sup>16</sup> Leonard W. Doob, Public Opinion and Propaganda, New York 1956, S. 23.

pagandistisch überzeichneten – ökonomischen Erfolgen einer bestimmten Gruppe, etwa den Juden, hergestellt werden. Damit ließe sich das ursprüngliche Motiv („andere haben Schuld“) in Antisemitismus umwandeln.

Die Arbeiten von Doob stellen in der Tradition der Propagandaforschung die ausgearbeiteteste Version des Stimulus-Response-Modells dar. Doch auch der aus Russland stammende Propagandastratege Sergej Tschachotin erklärte die Wirksamkeit der nationalsozialistischen Propaganda mit dem Stimulus-Response-Modell.<sup>17</sup> Dies entsprach dem zeitgenössischen Verständnis und lässt sich zumindest teilweise auch aus den Schriften führender Nationalsozialisten ablesen, deren Propaganda implizit in Anlehnung an Reiz-Reaktions-Schemata gestaltet wurde: „Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß. Aus dieser Tatsache heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig solange zu verwerten, bis auch bestimmt der letzte unter einem solchem Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag.“<sup>18</sup>

Da die Überlegungen zur Wirksamkeit von Propaganda bei den Nationalsozialisten durchweg auf diesem laienhaften psychologischen Niveau verharrten und die Verlautbarungen von Hitler und Goebbels auch die propagandistische Praxis anleiteten, während die universitäre Forschung weitgehend ignoriert wurde, gelang es ihnen nicht, eine komplexere Propagandapsychologie zu entwickeln, die einen wissenschaftlichen Wert hätte beanspruchen können. Der relative Erfolg der nationalsozialistischen Propaganda ist weniger auf differenzierte Wirkungsannahmen als vielmehr auf eine präzise Beobachtung der Volksstimmung zurückzuführen, die es der Propaganda erlaubte, ihre Botschaften punktgenau auf die Erwartungen des Publikums abzustimmen. Das machte sie erfolgreich, solange sie sich im Einklang mit den Interessen und Deutungen des Publikums be-

find, stellte sie jedoch vor erhebliche Schwierigkeiten, wenn es – etwa beim Kriegsbeginn 1939 – um eine psychologische Neuorientierung der Bevölkerung ging. Hier zeigte sich die Propaganda relativ machtlos, die den Krieg mehrheitlich nicht begrüßenden Deutschen auf die neue Situation einzustimmen.

## Propagandapsychologie und Wirkungsforschung

Die Alliierten erwiesen sich den Deutschen im Zweiten Weltkrieg als überlegen, denn sie modellierten Propagandawirkungen nicht mehr auf Grundlage der Massenpsychologie, sondern verstanden sie als exakt zu betreibende sozialwissenschaftliche Disziplin, wobei auch das Stimulus-Response-Modell an Bedeutung einbüßte, weil man immer neue Variablen entdeckte, die zwischen Reiz und Reaktion in den Kommunikationsprozess eingriffen und den Erfolg von Propaganda entsprechend prekär erscheinen ließen. Die Propagandaforschung kooperierte eng mit der empirischen Konsumforschung, der Demoskopie, der Filmwissenschaft, der Marktforschung und der Psychologie. Auf amerikanischer Seite arbeiteten während des Krieges die Eliten der wissenschaftlichen Intelligenz, allen voran der Politikwissenschaftler Harold D. Lasswell und der Soziologe Paul Felix Lazarsfeld, an der Erforschung von Propagandawirkungen. So entstand ein neues Paradigma: Propaganda nicht mehr als Überwältigung der Massen, als Einhämmern von Botschaften, sondern als klug geplante und strategisch geschickt inszenierte Überzeugung. Die gut gemanagte öffentliche Meinung wurde zum Idealbild, und es gelang, wissenschaftlich fundierte Konzepte von Propaganda von Anfang an in die Kriegführung zu integrieren.

Was zu dieser Zeit allerdings verloren ging, war ein einheitliches Modell, eine Art Großtheorie davon, wie Propaganda wirkt. Stattdessen wurde eine Vielzahl von Ansätzen und Theorien zur Erklärung von Propagandawirkungen herangezogen, die aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen entliehen waren: Die Kleingruppenforschung Kurt Lewins erbrachte die Erkenntnis, dass Einstellungswandel nicht individuell, sondern in sozialen Netzwerken erfolgt, Paul Lazarsfelds bahnbrechende Entdeckung des *two-*

<sup>17</sup> Vgl. Serge Chakotin, *The Rape of the Masses. The Psychology of Totalitarian Political Propaganda*, New York 1940.

<sup>18</sup> Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 291. Aufl., München 1938, S. 198.

*step-flow of communication* lenkte die Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang von medialer und interpersonaler Kommunikation, Carl I. Hovlands Laborexperimente erbrachten Ergebnisse über die beste Anordnung von persuasiven Argumenten oder die Rolle von Furchtappellen im Kommunikationsprozess, während Leon Festingers Theorie der kognitiven Dissonanz zeigte, dass sich Rezipienten Botschaften, die ihren Werten grundlegend widersprechen, gar nicht erst aussetzen. So wurde das Netz, das man zur Analyse von Propaganda einsetzen konnte, immer feinmaschiger.<sup>19</sup> Eine paradoxe Folge dieser Entwicklung bestand darin, dass die Befunde immer widersprüchlicher wurden. Resigniert resümierte Bernard Berelson den Stand der Wirkungsforschung am Ende des Zweiten Weltkriegs: „Some kinds of *communication* on some kinds of *issues*, brought to the attention of some kinds of *people* under some kinds of *conditions*, have some kinds of *effects*.“<sup>20</sup>

Wenn sich aus den verschiedenen Theorieprogrammen und Ansätzen der Propagandapsychologie<sup>21</sup> in den Jahrzehnten nach 1950 überhaupt noch so etwas wie ein gemeinsamer Nenner herausdestillieren lässt, dann der, dass die Wirkung von Medienkommunikation und damit auch von Propaganda weniger stark ist als lange Zeit vermutet. Dieser Befund hat das wissenschaftliche Interesse an Propaganda zurückgehen lassen. Zugleich veränderten sich die Bedeutungen, die Propaganda in der modernen Gesellschaft zugewiesen wurden. Statt als außeralltägliches Phäno-

men gesehen zu werden, das vor allem einen Störfaktor im gesellschaftlichen Diskurs darstellt, wurde Propaganda spätestens in dem veränderten weltpolitischen Koordinatensystem, das durch das Ende des Kalten Krieges entstand, zunehmend als inhärenter Bestandteil pluralistischer Demokratien gesehen.<sup>22</sup> Da die westlichen Gesellschaften unterschiedliche Interessen verschiedener Gruppen und Parteien als legitim erachten, sehen sie es auch als relativ unproblematisch an, wenn diese durch geplante Kommunikation für ihre Überzeugungen werben.<sup>23</sup> Dies gilt heutzutage als „ein funktionales Äquivalent oder als ein Residuum des ursprünglichen Jedermannrechts auf öffentliche Kommunikation“.<sup>24</sup> Die Partikularinteressen sollen nach gegenwärtigem Verständnis in ihrer Gesamtheit dazu beitragen, einen „gesamtgemeinschaftlichen Wert (. . .), nämlich den Marktplatz der Ideen und Argumente herzustellen“.<sup>25</sup>

Diese liberale Haltung gegenüber der Existenz politischer Propaganda ist nur durch die Akzeptanz bestimmter psychologischer Grundannahmen über den Medienwirkungsprozess möglich. Denn mit dem politikwissenschaftlichen Ideal des demokratischen Staatsbürgers korrespondiert in der Kommunikationswissenschaft das Ideal des aktiven Rezipienten, das spätestens seit den 1980er Jahren die dominante Medienwirkungshypothese darstellt. Medien wirken nach diesem Paradigma (zumindest, was ihre Kurzzeiteinflüsse, nicht unbedingt, was ihre Sozialisationsfunktion angeht) nur schwach und lösen in der Regel keine direkten Verhaltensänderungen aus. Damit verliert auch Propaganda an Bedeutung, denn eine Kommunikationstechnik, die bei allem Aufwand, den sie erfordert, stets nur prekäre Erfolgsbedingungen

<sup>19</sup> Vgl. zum Forschungsstand der 1950er Jahre Bruce Lannes Smith/Chitra M. Smith (1956), *International Communication and Political Opinion. A Guide to the Literature*, Westport (Conn.) 1972; Gerhard Maletzke, *Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik*, Hamburg 1963.

<sup>20</sup> Bernard B. Berelson, *Communications and Public Opinion*, in: Wilbur Schramm (Ed.), *Communications in Modern Society*, Urbana (Ill.) 1948, S. 172.

<sup>21</sup> Als theoretische Modelle für Persuasionswirkungen konkurrieren heute z. B. die *Social Judgment Theory*, so genannte *Information-Integration Models of Attitude Change*, die *Theory of Reasoned Action* oder das *Elaboration Likelihood Model*. Vgl. Daniel J. O’Keefe, *Persuasion. Theory and Research*, London u. a. 1992. Die besten deutschsprachigen Überblicke sind nach wie vor Michael Schenk (1987), *Medienwirkungsforschung*, Tübingen 2002, sowie Heinz Bonfadelli, *Medienwirkungsforschung I*, Konstanz 2004<sup>3</sup>.

<sup>22</sup> Vgl. Harald Wenzel, *Die Abenteuer der Kommunikation. Echtzeitmassenmedien und der Handlungsraum der Hochmoderne*, Weilerswist 2001, S. 190 ff.

<sup>23</sup> Gemeint sind Formen der Meinungswerbung, wie sie etwa durch Public Relations, Lobbying oder in Wahlkämpfen Anwendung finden. Mit Lügen und Täuschungen verbundene Formen der Propaganda, wie sie etwa im Rahmen des *psychological warfare* praktiziert werden, fallen nicht darunter.

<sup>24</sup> Wolfgang Donsbach, *Legitimität und Effizienz von PR*, in: ders. (Hrsg.), *Public Relations in Theorie und Praxis. Grundlagen und Arbeitsweise der Öffentlichkeitsarbeit in verschiedenen Funktionen*, München 1987, S. 7–20, hier S. 11 f.

<sup>25</sup> Ebd., S. 13.

hat, ist weit davon entfernt, eine übermäßig effiziente Manipulationsmethode zu sein. Vor allem der so genannte *uses-and-gratification-approach*<sup>26</sup>, der dem Konzept des aktiven Rezipienten zugrunde liegt, aber auch Wirkungstheorien wie das dynamisch-transaktionale Modell<sup>27</sup> oder die Encoding-Decoding-Theorien der Cultural-Studies-Schule<sup>28</sup> setzen klare Grenzen im Hinblick auf die Einstellungsveränderungen, die durch Propaganda erzielt werden können. Sie verweisen auf die parasozialen Qualitäten, die Propaganda haben muss, um beim Publikum Erfolg zu haben: Sie muss die Wünsche und Einstellungen ihrer Empfänger genau kennen, und sie muss dem Rezipienten kommunikatives Material anbieten, das dieser individuell weiterverarbeiten und für sich nutzen kann.

## Schwache Propagandawirkungen

Propaganda kann demzufolge nicht aus dem Nichts heraus agieren und völlig neue Themen auf der Agenda platzieren. Vielmehr muss sie an Stimmungen und Themen anknüpfen, diese bündeln und zuspitzen. Trifft diese Wirkungsvermutung zu, ist Propaganda nur noch zur Hälfte der Agent der sie betreibenden Gruppen. Zur anderen Hälfte wird sie zur Ausdrucksform von Bedürfnissen der Empfänger. Sie ist also ein Medium, in dem Interessen verhandelt werden, und sie kann nur Erfolg haben, wenn sie authentische Interessen „von unten“ vertritt. Diese Reziprozität – die Antizipation von vorhandenen Interessen durch Propagandisten und die Akzeptanz und Weiterverbreitung der auf sie zugeschnittenen Propagandabotschaften durch die Rezipienten – ist nach heutigem Verständnis der eigentliche Kern der Propagandakommunikation. Das bedeutet, dass sie keine Inhalte doktrinär verordnen, sondern nur Bedeutungen verhandeln kann – im Guten wie im Schlechten.

<sup>26</sup> Vgl. Elihu Katz, *Mass Communication Research and the Study of Popular Culture*, in: Committee on Communication of the University of Chicago (Ed.), *Studies in Public Communication*, Vol. II, Chicago 1959, S. 1–3.

<sup>27</sup> Vgl. Werner Früh, *Medienwirkungen: Das dynamisch-transaktionale Modell. Theorie und empirische Forschung*, Opladen 1991.

<sup>28</sup> Hierzu grundlegend: Stuart Hall, *Encoding/Decoding*, in: ders. u. a. (Eds.), *Culture, Media, Language. Working Papers in Cultural Studies 1972–79*, London 1980.

„Die Idee, man könne die Menschen mit klug dosierten und programmierten kommunikativen Angeboten zu irgendwelchen gewünschten Verhaltensweisen nötigen, ist zum einen autoritär, vor allem aber illusionär. Weder politische Beteiligung noch innere Sammlung, noch die Zuwendung zur Schriftkultur sind durch eine kommunikative Angebotsplanung erzwingbar; der Spieltrieb, die Zerstreuungssucht, die sinnlichen Kommunikationsbedürfnisse sind nur von innen, nicht von außen domestizierbar. (. . .) Es weht der kalte Wind der Selbstverantwortung. Jeder muß selbst entscheiden, was er mit seinem Mittwochabend macht. Er hat viele Optionen; auch die Option zur dumpfen Wiederholung des Gewohnten. Der kalte Wind macht nicht automatisch klar im Kopf. Aber per Saldo ist er gesünder als die kontrollierte und gelegentlich feuchtwarmer Temperatur eines betreuten Biotops.“<sup>29</sup>

Um so zu urteilen wie hier Peter Glotz, bedarf es eines gerüttelten Maßes an Vertrauen in die Mündigkeit der Menschen, das freilich nicht mit einem kommunikationspolitischen Laissez-faire verwechselt werden sollte. Das Publikum wird in dieser Konzeption zwar persuasiver Kommunikation ausgesetzt, Medienpolitiker und Kommunikationswissenschaftler setzen aber darauf, dass es sich davon nicht nachhaltig irritieren lässt. Die Erkenntnisse der Psychologie, die über Propagandawirkungsprozesse vorliegen, deuten darauf hin, dass dieses Vertrauen gerechtfertigt sein könnte. Hier verschränken sich die zum Teil widersprüchlichen Ergebnisse der Propagandapsychologie und die daraus abgeleiteten Konstitutionsbedingungen demokratischer Öffentlichkeit zu einem demokratiepolitischen Dilemma: Die Akzeptanz von Propaganda in der modernen Gesellschaft wird vor allem durch die Annahme legitimiert, dass Propaganda nur schwache Wirkungen beim Publikum auslöst, weil ein pluralistisches Mediensystem, ein autonomer Journalismus und die politische Bildungsarbeit zur Begrenzung der Wirkungsmacht von Propaganda beitragen. Den Beweis dafür, dass diese Hypothese zutrifft, ist die Medienwirkungspsychologie aber bislang schuldig geblieben.

<sup>29</sup> Peter Glotz, *Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus*, München 1999, S. 210.

Heidi Hein-Kircher

# Politische Mythen

Politische Mythen erleben in Krisenzeiten und gesellschaftlichen und politischen Umbruchphasen, bei Identitäts- und Legitimationsdefiziten häufig eine Konjunktur. So erfuhr der Stalin-Mythos in Russland anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes ebenso eine Renaissance wie der amerikanische *Frontier*-Mythos unter der Regierung Bush jr. in den USA. Dies zeigt, dass sich verschiedene Gesellschaften und Systeme politischer Mythen bedienen können, auch wenn ein einzelner politischer Mythos aufgrund seiner

semantisch veränderlichen Struktur zunächst als ahistorisch und unpräzise, als schwer fassbar erscheint.<sup>1</sup> Durch ihre Wirkungsmächtigkeit

beeinflussen sie politisches Handeln und thematisieren es: Politische Mythen sind Subjekt und Objekt von Geschichte, vor allem, weil sie sinngenebend wirken. Damit sind sie als Instrument der Kommunikation mit den Massen ein wichtiges Medium der Politischen Psychologie.

Die historische Mythosforschung hat in den vergangenen Jahren unter dem Einfluss der modernen Kulturwissenschaft einen Aufschwung genommen.<sup>2</sup> Als wesentlicher Impuls wirkten einerseits neue Trends in der Nationalismusforschung, die die Nation als „imaginierte Gemeinschaft“ (Benedict Anderson) ansehen, als Gemeinschaft, die sich aufgrund einer gemeinsamen Erinnerung gebildet hat und fortbesteht. Die Perspektive hat sich inzwischen insofern erweitert, als dieser Ansatz nicht nur die Konstruktion von Nationsgesellschaften umfasst, sondern allmählich auch auf das Verständnis von anderen sozialen Großgruppen wie beispielsweise der „sozialistischen Gesellschaft“ oder auch auf von Regionalismen beeinflusste Gemeinschaften ausgedehnt wird.

Um im Folgenden die aus systematischen Gründen separiert dargestellten Funktionen von politischen Mythen als Mittel Politischer Psychologie zu analysieren, müssen zunächst der Begriff „politischer Mythos“ definiert und anschließend die Grundaussagen sowie die Vermittlungsformen von politischen Mythen dargestellt werden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass sich politische Mythen aus analysierbaren und vergleichbaren Bestandteilen zusammensetzen, deren inhaltliche Ausprägung und Nuancierung jedoch vom jeweiligen Kontext abhängig ist.

## Was ist ein politischer Mythos?

Während die umgangssprachliche, fast inflationäre Verwendung des Begriffs *Mythos* sich zumeist auf eine berühmte, beliebte Begebenheit oder Person bezieht, kann man aus wissenschaftlicher Sicht unter *Mythos* eine sinnstiftende Erzählung auffassen, die Unbekanntes oder schwer Erklärliches vereinfacht mit Bekanntem erklären will. Somit dient ein Mythos als geistiger Bezugsrahmen, zumal mythisches Denken auf einem Raster apriorischer Prämissen beruht.<sup>3</sup> Der Unterschied zwischen religiösen und politischen Mythen

<sup>1</sup> Vgl. zum Folgenden vor allem: Heidi Hein-Kircher, Überlegungen zu einer Typologisierung von politischen Mythen aus historiographischer Sicht – ein Versuch, in: dies./Hans Henning Hahn (Hrsg.), Politische Mythen im 19. und 20. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa, Marburg 2006, S. 407–424; dies., Historische Mythos- und Kulturforschung. Thesen zur Definition, Vermittlung, zu den Inhalten und Funktionen von historischen Mythen und Kulturen, in: Mythos. Forum für interdisziplinäre Mythosforschung, 2 (2006), S. 30–45 (dort jeweils mit Hinweisen zu weiterführender Literatur); Heidi Hein, Historische Mythosforschung, in: Digitales Handbuch zur Geschichte und Kultur Russlands und Osteuropas. Themen und Methoden, www.vifaost.de/geschichte/handbuch (19. 2. 2007).

<sup>2</sup> Ausführliche Bibliographien: ebd. sowie Heidi Hein-Kircher (unter Mitwirkung von Katja Ludwig), Texte zu politischen Mythen in Europa. Eine Bibliografie zur historisch-politischen Mythosforschung, in: Mythos, 2 (2006), S. 227–230; Überblick über aktuelle Forschungen: dies./H. H. Hahn (Anm. 1); die wichtigsten europäischen politischen Mythen werden in den Katalogen zu Ausstellungen im Deutschen Historischen Museum (DHM) dargestellt: Monika Flacke (Hrsg.), Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. Berlin 1998, und dies. (Hrsg.), Mythen der Nationen. 1945. Arena der Erinnerungen. Eine Ausstellung des DHM, 2 Bde., Berlin 2004.

<sup>3</sup> Vgl. Ernst Cassirer, Der Mythos des Staates. Philosophische Grundlagen politischen Verhaltens, Frankfurt/M. 1985.

**Heidi Hein-Kircher**

Dr. phil., geb. 1969; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Herder-Institut e.V., Gisonenweg 5–7, 35037 Marburg. heinh@herder-institut.de

liegt in ihrem Anspruch, denn dem politischen Mythos fehlt die transzendente Komponente. Insofern sind politische Mythen „Erzählungen, die auf das politisch-soziale Geschehen gemünzt sind und diesem Geschehen eine spezifische Bedeutung verleihen“.<sup>14</sup>

Somit kann man einen politischen Mythos als emotional aufgeladene Narration definieren, die historische Wirklichkeit nicht den Tatsachen gemäß, sondern in einer selektiven und stereotypisierten Weise interpretiert und dieser „mythischen Lesart der Wirklichkeit“ (Jean Pouillon) einen Anschein von Historizität verleiht. Charakteristisch für einen politischen Mythos ist, dass er sich durch komprimierte, mitreißende Bilder bzw. Erzählungen auszeichnet. Dies führt dazu, dass andere Sachverhalte von der mythischen Narration „übersehen“ bzw. vernachlässigt werden. Damit wird ein Ereignis, Sachverhalt oder die Leistung einer Person über Gebühr bewertet und glorifiziert. Ein politischer Mythos ist eine Erzählung über eine „Meisterleistung“, die die Vergangenheit zumindest sehr stark idealisiert. Das Mythenrepertoire ist eine „Leistungsschau“, eine „Heroengalerie“ der jeweiligen Gesellschaft und als ihre „Autobiografie“ zu charakterisieren, weil die Mythen nur das hervorheben, was für die Gesellschaft positiv konnotiert und konstitutiv ist.

Das Mythenrepertoire einer *communio* besteht aus zahlreichen politischen Mythen, die sich wiederum aus kleineren Mythen bzw. Mythemen (mythologischen Elementen) zusammensetzen, einzeln vorkommen, sich aber auch gegenseitig verstärken können. Häufig bilden politische Mythen ein sich ergänzendes „Mosaik“, indem sie aufeinander aufbauen. Hierbei können sich bestimmte Nuancierungen in verschiedenen Kontexten ergeben, weil politische Mythen aufgrund ihrer semantischen Struktur einem Deutungswandel unterliegen. Da die historische Erinnerung im Mittelpunkt steht, sind sie als zugleich intellektuelle und emotionale Konstrukte von Utopien und Ideologien zu unterscheiden, obwohl sie Bestandteil von Ideologien sein können.<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Frank Becker, Begriff und Bedeutung des politischen Mythos, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Berlin 2005, S. 129–148, hier S. 131.

<sup>15</sup> Vgl. zu dieser Unterscheidung: Yves Bizeul, Politische Mythen, in: H. Hein-Kircher/H. H. Hahn (Anm. 1), S. 3–14.

Gesellschaften verfügen über ein Repertoire an politischen Mythen, die sich auf Akteure, Handlungen, Institutionen oder die Gesellschaftsordnung insgesamt beziehen können. Beim Vergleich von politischen Mythen verschiedener Gesellschaften wird deutlich, dass es zahlreiche Ähnlichkeiten gibt und dass aufgrund der allgemeinen Struktur von politischen Mythen ihre Narrationen Grundmustern folgen, deren Ausgestaltung vom historischen, gesellschaftlichen, politischen und weltanschaulichen Kontext abhängig ist. Daher kann man charakteristische Grundmotive und -aussagen finden, die hier aus systematischen Gründen voneinander getrennt dargestellt werden, die sich zumeist aber in den einzelnen Mythen ergänzen.

Die erste Möglichkeit einer Kategorisierung bezieht sich auf das Sujet des Mythos: Hier lassen sich Personen-, Ereignis-, Raum- und auch Zeitmythen finden. Bei Personenmythen wird die Geschichte personalisiert und auf die eine Person fokussiert und verengt. Durch die Berufung auf mythisch verklärte Heroen wird eine historische Tradition geschaffen und/oder eine (fiktive) Kontinuität hergestellt, so dass die Gegenwart als Ergebnis der Leistung der mythisch verklärten Person gesehen wird. Diese wird als „Geschichte machend“ idealisiert, was zur Folge hat, dass konkurrierende Persönlichkeiten und/oder Entwicklungen in diesem Geschichtsbild nicht berücksichtigt werden können. Wenn es sich um einen Mythos handelt, der sich komplementär zu anderen verhält, wird die Leistung der Persönlichkeit so idealisiert, dass sie inhaltlich den Erfordernissen des zu ergänzenden Mythos entspricht.

Besonders deutlich wird dies etwa im Falle des mittelalterlichen russischen Fürsten Aleksandr Nevskij, der 1242 in der Schlacht auf dem Peipus-See den Deutschen Orden besiegte und dessen Mythos im Zusammenhang mit dem Stalinismus während des Zweiten Weltkriegs eine spezifisch antideutsche Nuance erhielt.<sup>16</sup> Mythisch überhöhte Persönlichkeiten werden aufgrund ihres verklärten

<sup>16</sup> Vgl. Frithjof B. Schenk, Aleksandr Nevskij. Heiliger – Fürst – Nationalheld. Eine Erinnerungsfigur im russischen kulturellen Gedächtnis 1263–2000, Köln u. a. 2004.

Wirkens einerseits als Staats-/Reichsgründer bzw. Gründer einer Bewegung wie z. B. Bismarck, Lenin und Atatürk, andererseits als Symbol des Staates wie der polnische Diktator Piłsudski oder der jugoslawische Staats- und Parteichef Tito dargestellt. Zugleich werden sie als „Führer“, „Vater“ und/oder „Lehrer“ wie beispielsweise Hitler und Stalin stilisiert, so dass sie zum Leit- und Vorbild für die Gesellschaft werden. Diese Motive lassen sich mehr oder weniger ausgeprägt bei fast allen Personenmythen finden, letztere sicherlich am stärksten bei noch zu Lebzeiten mythisch verklärten Personen.

Personenkollektive werden zumeist nur dann mythisch überhöht, wenn sie als Helden bzw. als Opfer für die Gemeinschaft thematisiert werden, was sich insbesondere in der Totenverehrung von Gefallenen für das Vaterland oder für eine Bewegung zeigt. Institutionen werden dagegen selten mythisch verklärt, allenfalls in Form einer Personifikation (etwa: „Die Partei kann alles“ oder „Die Partei hat immer Recht“, sei es die NSDAP, die KPdSU oder die SED), durch die ein besonders erwähnenswertes Verdienst betont werden soll. Dies geschieht meist im Verbund mit anderen Mythen, so dass man diesen Fall besser als Mythem charakterisiert.

Jedes Ereignis kann grundsätzlich mythisch verklärt werden, jedoch geschieht dies meist bei einer als besonders stark empfundenen Zäsur und bei Wendepunkten in der Geschichte. Diesem Ereignis wird eine heroische und martialische Eigenschaft im Sinne der „Leistungsschau“ des Mythos zugesprochen. Daher findet man in aller Regel punktuelle Ereignisse – weniger Prozesse –, die verklärt werden und einen heldenhaften und zumeist kriegerischen Charakter annehmen, so dass vor allem Schlachten oder Revolutionen thematisiert werden. Typische Beispiele für Ereignismythen sind die Schlachten bei Tannenberg 1410/1914 oder die Schlacht um Stalingrad 1942/43, aber auch die Französische Revolution 1789 oder die Oktoberrevolution 1917.

Raummythen basieren auf Territorialvorstellungen, die in der Gesellschaft verankert werden sollen, und dienen der Produktion von „vorgestellten Räumen“<sup>17</sup>. Sie sakralisie-

ren das eigene bzw. das beanspruchte Territorium und sind dort zu finden, wo der beanspruchte Raum „abgesteckt“, definiert, der Besitz von Gebieten gerechtfertigt und verteidigt werden soll. Ein charakteristisches Exempel ist der Mythos von der „blutenden Grenze“ in Oberschlesien während der Weimarer Republik.<sup>18</sup> Jedoch wird deutlich, dass sie nicht allein auf den jeweils „verklärten Raum“, sondern auch auf dort stattgefundenere Ereignisse rekurrieren. Typische Beispiele sind der erwähnte *Frontier*-Mythos, der Mythos vom „verheißenen Land“ und nicht zuletzt auch häufig in kulturellen und religiösen, aber auch in politischen Übergangsgebieten anzutreffende Bollwerkvorstellungen wie der Kosovo-Mythos oder der Mythos von Finnland als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ in der Zwischenkriegszeit. Auf ähnliche Weise funktionieren Zeitmythen, die ein „goldenes“ oder „silbernes Zeitalter“ überhöhen und eine kulturelle, politische oder wirtschaftliche Blütezeit als konstitutiv für die jeweilige Gesellschaft vorstellen. Eine Epoche wie etwa die „Wirtschaftswunderzeit“ in der alten Bundesrepublik wird als besonders verdichtete, intensive oder ex post als makellose Entwicklung interpretiert, die als Vorbild für die gegenwärtige Gesellschaft gesehen wird.

Eine andere Perspektive richtet sich auf die „Geschichte“ und die „Botschaft“ politischer Mythen. Man kann Gründungs- bzw. Ursprungsmythen, daneben Mythen der Beglaubigung, der Katharsis und der Verklärung unterscheiden. Der politische Gründungsmythos stellt eine alle anderen „Geschichten“ umfassende Oberkategorie dar, da er immer über den Ursprung einer politischen Ära oder eines Raumes und damit von der Gründung der Gesellschaft durch eine Persönlichkeit oder ein Schlüsselereignis oder über das für diese wesentliche Territorium berichtet. Ein kathartischer Mythos berichtet über ein spezifisches Gründungsereignis, mit dem eine Gesellschaft geläutert, „gereinigt“ bzw. ein zu-

Peter Haslinger (Hrsg.), Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit, Würzburg 2000, S. 15–40, hier S. 31.

<sup>18</sup> Vgl. Juliane Haubold-Stolle, Mythos Oberschlesien in der Weimarer Republik. Die Mythisierung der oberschlesischen Freikorpskämpfe und der „Abstimmungszeit“ (1919–1921) im Deutschland der Zwischenkriegszeit, in: H. Hein-Kircher/H.H. Hahn (Anm. 1), S. 279–300.

<sup>17</sup> Peter Haslinger/Klaus Holz, Selbstbild und Territorium. Dimensionen von Identität und Alterität, in:

nächst negativ erscheinendes Ereignis positiv bewertet wird; ein Beispiel ist der deutsche Mythos von der „Stunde Null“ 1945. Beglaubigungsmythen sollen das Handeln der Herrschenden bestätigen bzw. den technischen Fortschritt oder „die Partei“ in diktatorischen Regimen erklären, um die herrschende Ideologie und Leitideen sowie den Führungsanspruch zu untermauern, indem sie darstellen, dass die Herrschenden auf dem „richtigen Weg“ seien. Mythen können auch einen Verlust bzw. ein Opfer für die Gesellschaft thematisieren oder Vergangenes bzw. Verlorenes erklären, etwa Mythen über ein „goldenes Zeitalter“, ohne politische oder territoriale Forderungen daraus abzuleiten. Es geht bei Verklärungsmythen mehr um ein Nachtrauern. Opfermythen sind häufiger anzutreffende Phänomene, um in einer besonders schwierigen, häufig ausweglosen Situation die *communio* zusammenzuschweißen.

Die spezifischen „Stoffe“ der Mythen müssen dem Publikum, der *communio*, bekannt sein. Nur so kann jedes Glied der Gesellschaft „mitleiden“ und die Botschaft verstehen. Dies setzt voraus, dass der Mythos auf heimischen, in der Gesellschaft bekannten Motiven, Ereignissen oder Personen basiert. Einen wichtigen Fundus für politische Mythen stellen in christlich geprägten Gesellschaften biblische Motive dar, die überwiegend bei Mythen des Verlustes, des Opfers und der Katharsis verwendet werden. Auch wenn politische Mythen auf Personen oder Ereignisse aus der Vergangenheit der *communio* rekurren, müssen sie mit einer besonderen Interpretation versehen werden.

## Vermittlung von politischen Mythen

Für ihre Wirkungsmächtigkeit ist es von Bedeutung, dass politische Mythen fest in der Gesellschaft verankert sind. Der Mythos muss im „kulturellen Gedächtnis“ (Jan Assmann), im „Funktionsgedächtnis“ (Aleida Assmann) präsent sein und gegebenenfalls rasch aktiviert und abgerufen werden können, wobei er für unterschiedliche intellektuelle Niveaus bzw. Zielgruppen nuanciert aufbereitet werden kann.

Aufgrund der Funktionsweise von politischen Mythen ist es wichtig, dass der Mythos sinnlich, also visuell und emotional, erlebbar

gemacht wird und dass Ratio und Emotionen aller Glieder der Gemeinschaft zugleich angesprochen werden.

Die *communio* ist nicht nur das Publikum für die mythische Narration, sondern zugleich auch ihre Autorin, indem nur sie eine Vielzahl von in der Vergangenheit und Gegenwart zerstreuten Sinngebungen und Mythen im Mythos verbinden kann. Daher sind ihre Vermittlungsformen zugleich ihre Ausdrucksformen, die zugleich Medien des kulturellen Gedächtnisses sind und selbst der Medien zu ihrer Vermittlung bedürfen.

Zur Vermittlung der mythischen Narration können sämtliche erzählende Medien, die zugleich auch die Emotionen ansprechen, eingesetzt werden. Beispielsweise werden Mythen in der Publizistik und Historiographie, aber auch in Film und Theater „erzählt“. Insofern ist auch Propaganda als Transmissionsriemen zur Mythenvermittlung zu sehen. Die non-verbale Vermittlung in Form von Kunst oder Musik spielt eine ebenso zentrale Rolle wie die Vermittlung durch politische Symbole, durch Denkmäler als deren Sonderform und durch Rituale, weil durch sie nicht nur an die Emotionen der Zielgruppe appelliert, sondern auch der Mythos spürbar, erlebbar gemacht und visualisiert wird. Eine besonders sinnliche, intensive Form der Kommunikation von Mythen sind politische Kulte, die durch ein Abhängigkeitsgeflecht von mythischer Narration, Symbolen und Ritualen entstehen und die als soziale Praxis von politischen Mythen zu verstehen sind. Die genannten Medien sprechen die Massen an, um die mythische Narration auf möglichst vielfältige Weise zu verankern bzw. zu popularisieren und sie zum Bestandteil der politischen Kultur einer Gemeinschaft zu machen.

Aufgrund ihrer spezifischen Funktionen für die *communio* werden politische Mythen von den Führenden einer Bewegung oder eines Staates gezielt eingesetzt und verbreitet. Mythen sind Objekte der (Erinnerungs-)Politik. Insofern sind die Herstellung einer adäquaten Interpretation der eigenen Vergangenheit und die Vermittlung von politischen Mythen zentrale Aufgaben der jeweiligen politischen, geistigen und kulturellen Elite, die über entsprechende Deutungsmacht verfügen muss, um Mythen gezielt zu etablieren und zu fördern.

## Grundfunktionen politischer Mythen

Aus den vermittelten Geschichten und Botschaften wie auch aus den Formen der Vermittlung ergeben sich die Grundfunktionen von politischen Mythen. Da sich die menschlichen Prädispositionen in Bezug auf Emotionen und Identitätsbildung nicht grundlegend unterscheiden, verfügen alle Glieder einer Gesellschaft über eine grundsätzliche Empfänglichkeit für politische Mythen. Insofern lassen sich Grundfunktionen politischer Mythen herausarbeiten, die je nach Kontext nuanciert in unterschiedlicher Stärke und anders akzentuiert zum Tragen kommen.<sup>19</sup>

Politische Mythen sind in erster Linie Sinngeneratoren, also „narrative Sinngebilde mit einem kollektiven, auf das grundlegende Ordnungsproblem sozialer Verbände bezogenen Wirkungspotential“.<sup>10</sup> Durch diese Sinngebungsfunktion vermitteln sie Orientierung. Daher benötigt jedes Gemeinwesen, auch jedes demokratische, diese Ordnungsfunktion. Dies erklärt, warum gerade in gesellschaftlichen und politischen Umbruchphasen, zu Krisenzeiten, politische Mythen eine Renaissance erleben. In dieser Sinngebungs- und Ordnungsfunktion liegen die Kraft und die Bedeutung von politischen Mythen für moderne Gesellschaften, zumal ihnen in einer säkularen Welt Orientierungs- und Sinngebungsmöglichkeiten fehlen und politische Mythen die Kosten der gesellschaftlichen Rationalisierung kompensieren müssen, so dass sie gewissermaßen eine Art Religionsersatz darstellen. Aufgrund dieser erklärenden, sinngebenden Funktion sind sie wichtige Elemente der politischen Kultur, weil sie Kommunikation und Anschlussfähigkeit in komplexen gesellschaftlichen Funktionen ermöglichen. Mythen sind immer ein Objekt von Politik, denn Deutungsmacht wird eingesetzt, um bestimmte Mythen, also Interpretationen und Rechtfertigungen von Handlungen, in den Vordergrund zu rücken. Von dieser

<sup>19</sup> Wie abhängig die Interpretation eines Mythos vom gesellschaftlichen, politischen und historischen Kontext ist, zeigen „geteilte Mythen“, die zwar auf ein Ereignis oder einen Raum rekurrieren, jedoch von der jeweiligen Gesellschaft in einem völlig anderen Sinn gedeutet werden können.

<sup>10</sup> Yves Bizeul, Theorien der politischen Mythen, in: ders. (Hrsg.), Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen, Berlin 2000, S. 12.

Hauptfunktion politischer Mythen lassen sich weitere Funktionen ableiten.

Weil politische Mythen historische Leistungen thematisieren, beeinflussen sie das historische Bewusstsein und damit das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft. Damit sind politische Mythen eine besondere Form von Erinnerungsorten im historischen Gedächtnis einer Gesellschaft, so dass sie in deren Erinnerungskultur einen wichtigen Platz einnehmen. Sie weisen in ihrer Erzählstruktur immer einen Gegenwartsbezug auf, so dass sie in erheblichem Maße zur Identitätsbildung beitragen, denn kollektive Identität ist als Diskursformation zu sehen, die auf Teilhabe am gemeinsamen Wissen und am gemeinsamen Gedächtnis beruht. Gerade dies wird durch die Verankerung von Mythen in einer Gesellschaft geleistet.

Indem sich ein politischer Mythos durch komprimierte, mitreißende Bilder bzw. Erzählungen auszeichnet und an die Emotionen des an ihm Teilhabenden appelliert, findet eine Beglaubigung der grundlegenden Werte, Ideen und Verhaltensweisen der den Mythos tragenden Gruppe statt, weil die historischen Vorgänge aus ihrer Sicht gedeutet werden. Als „Meistererzählung“ behandeln sie Ereignisse, die über die Entstehung oder Entwicklung der Gesellschaft berichten und daher als Gründungsakt zu verstehen sind. Durch politische Mythen werden Kontinuitäten und Gegenwartsbezüge geschaffen. Die geschaffenen Kontinuitäten und Traditionen vermitteln Leitvorstellungen und -ideen. Politische Mythen sind handlungsleitend, weil die dargestellte historische Leistung zum heroischen und nachahmenswerten Vorbild stilisiert wird. Aus diesem Grunde stellen gerade Personenmythen immer wieder ihren „Helden“ als Erzieher des ganzen Volkes dar.

Die Botschaften politischer Mythen heben im kollektiven Gedächtnis hervor, was die Gesellschaft für existenziell notwendig hält. Sie sollen grundlegende Ideen, Werte und Verhaltensweisen der Gesellschaft vermitteln, beglaubigen sowie Wertvorstellungen implementieren und letztlich auch „standardisieren“. Dies führt dazu, dass sich die Gesellschaft durch die Verankerung von Mythen im kollektiven Gedächtnis ein Selbstbild schafft, das von Publizisten und anderen „Mythenmachern“ aufgegriffen werden kann, um mit

anderen Selbst- und Fremdbildern zu kommunizieren. Da persönliche und kollektive Identitätsbildung letztlich nur durch eine Abgrenzung nach außen stattfindet, wird auch Alterität durch Mythen geschaffen: Sie kennzeichnen, wer dazugehört (und dem Mythos folgen kann), und grenzen auf diese Weise ab. Nach innen werden Gegensätze versöhnt und ein Gemeinschaftsglauben im Sinne des kollektiven Gedächtnisses aktiviert.

Diese Funktion bedingt die der Selbstdarstellung nach innen, in die Gesellschaft hinein, aber auch nach außen, um sich von anderen Gesellschaften abzugrenzen, wobei aber eine Außenwirkung von politischen Mythen nur selten vorhanden ist. Insofern geht damit eine integrative Funktion von Mythen einher; die an ihnen Teilhabenden werden zu einer Gemeinschaft durch die spezifische, an die Emotionen appellierende Weise verschmolzen, da sie für die „gemeinsame Sache“ eingenommen werden. Der Mythos gibt ihnen die Möglichkeit, sich mit dieser zu identifizieren.

Außer dieser historischen Selbstschau wird eine Selbstverortung insbesondere – aber nicht ausschließlich – durch Raummythen ermöglicht. So konstruieren Bollwerkmythen eine Zivilisationsgrenze, etwa die diversen europäischen *antemurale-christianitatis*-Mythen, durch die deren Träger sich zur europäischen Zivilisation zugehörig erklären.

Neben dieser identitätsstiftenden und die Gemeinschaft integrierenden Aufgabe dienen politische Mythen vor allem der Legitimierung, indem sie Herrschaft bzw. Herrschaftsansprüche, Handlungen wie Kriege und Eroberungen, Ansprüche auf Territorien rechtfertigen. Gerade Mythen, die bei Prozessen der Nationswerdung „erfunden“ wurden, schaffen Traditionslinien zur mittelalterlichen Geschichte des Landes, durch die gegenwärtige Forderungen und Ziele gerechtfertigt werden.

Der Mythos „bestrahlt“ die Mythenmacher, -träger und -förderer mit dem Glanz der dargestellten Leistung, so dass die gegenwärtige herrschaftliche Autorität mit ihren Anforderungen an die Gesellschaft begründet und gerechtfertigt wird. Reale Machtverhältnisse werden auf diese Weise legitimiert, und das soziale Selbstbewusstsein wird gestärkt. Dies wird insbesondere durch die plebiszitäre

und akklamierende Funktion von politischen Ritualen gefördert, die den Mythos in einer nonverbalen Handlung umschreiben. Gerade durch Teilhabe an den Ritualen offenbaren sich Loyalitäten, denn wer sich am Ritual beteiligt, gehört dazu. Andererseits werden gerade durch den Massencharakter solcher Rituale die Organisatoren, die Machthaber, in symbolhafter Weise bestätigt.

Weil sie eine um ihr Ansehen und ihre Geschlossenheit ringende Gemeinschaft zu gemeinsamen Handlungen animieren, dienen sie aufgrund ihrer spezifischen Wirkungsweise als Kommunikationsmittel mit den Massen und sollen diese mobilisieren. Daher werden sie von den Führenden einer Bewegung bzw. eines Staates gezielt eingesetzt und verbreitet. Auf diese Weise können politische Mythen zu Bestandteilen und zur Grundlage von Ideologien werden, als deren Essenz, aber auch als Ersatz, Umschreibung und Erklärung sowie Fundament dienen. Der Germanen-Mythos etwa wurde so zu einem wichtigen Element der nationalsozialistischen Ideologie. Die Ausdrucksformen politischer Mythen sind wesentliche Bestandteile (auch demokratischer) politischer Kultur, zumal sie aufgrund ihrer Wirkungsmächtigkeit politisches Handeln ebenso beeinflussen, wie sie es thematisieren.

Aus den Grundfunktionen ergibt sich abschließend die Bedeutung politischer Mythen für die Politische Psychologie: Sie leisten einen Beitrag zum Verständnis von Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlich vermitteltem individuellen Verhalten und den politischen Prozessen und Strukturen ebenso wie zum Verständnis von kollektiven Identitäten und dem Aufbau und der Integration von politischen Gemeinschaften bzw. Massengesellschaften wie etwa der Nation.

# Präventionsansätze gegen Rechts- extremismus

Die Zeiten haben sich offenbar geändert: Könnte man Anfang dieses Jahrtausends noch meinen, der Rechtsextremismus sei zum Modethema verkommen, das konjunkturellen Diskurszyklen folge, scheint es nun fast so, als habe kollektiver Leidensdruck auf hohem Niveau zu einer Verstärkung und Intensivierung der Debatten geführt. Sollte diese Einschätzung zutreffen, wäre nach den Gründen zu fragen.

## Wolfgang Frindte

Dr. phil. habil., geb. 1951;  
Professor für Kommunikations-  
psychologie an der Friedrich-  
Schiller-Universität Jena, Institut  
für Psychologie, Am Steiger 3,  
Haus 1, 07743 Jena.  
wolfgang.frindte@uni-jena.de

## Siegfried Preiser

Dr. phil. habil., geb. 1943;  
Professor für Pädagogische  
Psychologie an der Universität  
Frankfurt/Main, Senckenberg-  
anlage 15, 60054 Frankfurt/  
Main; Koordinator des Experten-  
beirats „Prävention von Gewalt,  
Rechtsextremismus und  
interkulturellen Konflikten“.  
Preiser@paed.psych.uni-  
frankfurt.de

men. Je nach politischer und/oder wissenschaftlicher Verankerung der Beobachter wird Rechtsextremismus als Grundströmung der Gesellschaft oder als Kind der Moderne verortet.<sup>1</sup> Könnte sich der Rechtsextremismus mittlerweile zum notwendigen Gegensatz demokratischer Freiheits- und Gleichheitsvorgaben in den modernen Zivilgesellschaften entwickelt haben und auf diese Weise sogar die gesellschaftliche Dynamik forcieren? Vieles spricht dafür, dass Rechtsextremismus zu

jenen kollektiv inszenierten Versuchen gehört, die gescheiterten nationalistischen und totalitären Ordnungs- und Strukturversuche der Moderne in Zeiten „neuer Unübersichtlichkeit“, vielfältiger „Ambivalenzen“, „globaler Risikogesellschaften“ und dem vermeintlichen „Ende des Sozialen“ nachzuholen.

Die Merkmale des Rechtsextremismus, die in den wissenschaftlichen und politischen Debatten fast übereinstimmend benannt werden, scheinen einen solchen Schluss zu belegen.<sup>2</sup> Er wird wie folgt gekennzeichnet: durch aggressiven Nationalismus und Chauvinismus; durch Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus; durch Ablehnung aller Andersdenkenden, Anderslebenden und Andersaussehenden; durch patriarchalischen Sexismus; durch völkische Verharmlosung, Relativierung und Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus; durch Streben nach einer autoritären politischen Ordnung; durch Überbetonung militaristischer Werte.

Rechtsextremismus ist nicht einfach „in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, sondern ein Produkt dieser modernen Mitte und die radikale Infragestellung der demokratischen Kultur dieser „Mitte“. Folglich muss sich die „Mitte der Gesellschaft“ neu definieren, um ihre politischen Instrumente gegen den Rechtsextremismus justieren zu können. Vermutlich ist es das, was die Bundeskanzlerin meinte, als sie kürzlich in einem Interview mit dem Deutschlandfunk die Politik aufforderte, sich rechtsextremen Parolen zu widersetzen und die Bürgerinnen und Bürgern ermutigte, sich vor Ort gegen Rechtsextremismus zu wehren.

Die Verstärkung und Intensivierung der Debatten über den Rechtsextremismus hängt

<sup>1</sup> Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler/Norman Geißler, *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006; <http://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf> (1. 2. 2007).

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Birgit Rommelspacher, *„Der Hass hat uns geeint“ – Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene*, Frankfurt/M.–New York 2006; Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Wolfgang Frindte/Jörg Neumann, *Fremdenfeindliche Gewalttäter – Biografien und Tatverläufe*, Wiesbaden, 2002; Horst Helas/Dagmar Rubisch (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Deutschland*, Berlin 2006.

eng mit den Wahlerfolgen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern und der unübersehbaren und in manchen, bisweilen als „No-Go-Areas“ bezeichneten Regionen physisch erlebbaren Bedrohung durch den Rechtsextremismus zusammen. Die Opfer von Fremdenfeindlichkeit haben Gewalt real, physisch, psychisch und nicht selten lebensbedrohend erfahren. Von 2001 bis 2005 registrierte der Verfassungsschutz unter der sperrigen und nicht unumstrittenen Rubrik „Fremdenfeindliche Gewalttaten und sonstige Straftaten aus dem Bereich ‚Politisch motivierte Kriminalität – Rechts“<sup>14</sup> einen Anstieg von 10 054 auf 15 361 Delikte. Die östlichen Bundesländer rangieren neben Schleswig-Holstein und zum Teil Berlin dabei seit Jahren auf den vordersten Plätzen.

Die seit 2002 jährlich durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfragen zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zeigen überdies eine kontinuierliche Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen bis 2005. Im Vergleich zwischen den Bundesländern treten die bekannten, vielfach diskutierten Unterschiede zwischen den östlichen und den westlichen Bundesländern hervor: „Befragte aus den ostdeutschen Bundesländern fallen durch eine vergleichsweise höhere Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen auf, sie neigen am meisten zu einer autoritären Law-and-order-Haltung, und sie berichten über mehr Sorgen bei subjektiven Einschätzungen zur Gefahr sozialer Desintegration.“<sup>15</sup> Die erwähnte repräsentative Studie<sup>16</sup> bestätigt diese Diagnose nur zum Teil. Die Kernaussage, dass in den ostdeutschen Bundesländern die rechtsextremen Problemregionen liegen, bleibt allerdings weitgehend unbestritten.

## Gegenstrategien

Auch die bundesweit geförderten Gegenstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus wurden von der Verstärkung der Debatten beeinflusst. Mit dem 2001 aufgelegten bundesweiten Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemi-

tismus“ hat die Bundesregierung bis 2006 rund 4 500 Projekte, Initiativen und Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Höhe von rund 192 Millionen Euro gefördert. Dabei verfolgte das Aktionsprogramm zwei Zielrichtungen: Zum einen sollten Jugendliche, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wenden, soziale und professionelle Unterstützung erfahren; zum anderen sollten Jugendliche, die gefährdet sind, rechtsextreme Einstellungen oder Verhaltensweisen zu entwickeln, wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückgeholt werden.

Insgesamt 65,34 Millionen Euro erhielt der Programmteil ENTIMON, mit dem 2 540 Projekte und Initiativen gefördert wurden, in denen es um Einüben in Toleranz, Bekämpfung von Gewalt, Integration von Migrantinnen und Migranten, Stärkung von Zivilcourage und Vermittlung von politischem Grundwissen ging.<sup>17</sup> 32 Prozent der Projekte befanden sich in den ostdeutschen Bundesländern. Der Programmteil CIVITAS, mit dem 1 680 lokale Projekte (vor allem Mobile Beratungsteams, Opferberatungsstellen und Netzwerkstellen) ausschließlich in Ostdeutschland gefördert wurden, um die Anerkennung, den Schutz und den Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten zu fördern, umfasste 52,1 Millionen Euro. Verantwortlich für beide Programmteile war das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zeichnete für den dritten Programmteil XENOS verantwortlich, in dem mit praxisnahen Maßnahmen fremdenfeindliche, rassistische und diskriminierende Tendenzen in Schule, Beruf und Arbeitswelt zurückgedrängt werden sollten. Dafür stellte die Bundesregierung insgesamt rund 75 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds bereit, die durch die EU mit weiteren 85 Millionen Euro kofinanziert wurden.

Akademisch formuliert, ordneten sich die zahlreichen Projekte, Initiativen und Maß-

<sup>14</sup> Quelle: [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de) (1. 2. 2007).

<sup>15</sup> Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt/M. 2007, S. 115.

<sup>16</sup> Vgl. O. Decker u. a. (Anm. 1).

<sup>17</sup> Vgl. Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, Stand: 31. 10. 2006, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2006; [www.jugendstiftung-civitas.org/downloads/Abschlussbericht\\_zum\\_Aktionsprogramm.pdf](http://www.jugendstiftung-civitas.org/downloads/Abschlussbericht_zum_Aktionsprogramm.pdf) (1. 2. 2007).

nahmen vornehmlich in die primäre und sekundäre Prävention ein.<sup>18</sup> Primäre Prävention zielt darauf ab, mittels struktureller, gruppenbezogener und individueller Maßnahmen Bedingungen zu schaffen, um Rechtsextremismus schon im Vorfeld zu verhindern. Darauf richteten sich im ausgelaufenen Aktionsprogramm zum Beispiel<sup>19</sup> solche von CIVITAS geförderte Initiativen wie „Das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. Wurzen“, das sich bereits 1999 gründete, um in der sächsischen Stadt eine aktive demokratische Kultur gegen die dominante rechtsextreme Jugendkultur zu etablieren. Auch die „Aktion Zivilcourage Pirna“ ordnet sich hier ein. Es handelt sich um eine parteineutrale Initiative von Jugendlichen, die Opfer rechter Gewalt betreuen und mit Seminaren, Workshops und Theateraufführungen das Engagement für Demokratie und Toleranz unterstützen. Erwähnenswert ist auch das Anklamer Bündnis „Bunt statt Braun“, ein lokaler Zusammenschluss von Einzelpersonen, die sich ehrenamtlich auf verschiedene Weise gegen Rechtsextremismus engagieren.

Um sekundäre Prävention handelt es sich dann, wenn mit vorbeugenden Maßnahmen versucht wird, Orientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen in identifizierten Risikogruppen (z. B. rechtsorientierte Jugendliche ohne feste Cliquesbindung) zu verändern. Von CIVITAS wurden „Trainings gegen Gewalt und Rechtsextremismus für mehr Toleranz und Zivilcourage“ gefördert, an denen jugendliche Straf- und Gewalttäter, allgemein aggressiv-verhaltensauffällige Jugendliche, aber auch Opfer (und potenzielle Opfer) von Gewalt teilnahmen.<sup>10</sup> Auch Einzelprojekte, die der tertiären Prävention zu-

zurechnen sind, wurden gefördert. Dazu gehören alle Interventionsmaßnahmen, die sich direkt auf rechtsextreme Jugendliche (z. B. fremdenfeindliche Gewalttäter) richten. Hierzu zählt das ebenfalls von CIVITAS und vom Justizministerium des Freistaates Thüringen unterstützte „Aggressionsschwellentraining für rechtsextreme Gewaltstraftäter“.<sup>11</sup> Mit solchen Projekten konnten zivilgesellschaftliche Netzwerke geschaffen werden, die auf Dauer gestellt werden müssten, weil sie die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, Rechtsextremisten entgegenzutreten.

## Effekte

Je näher das Jahresende 2006 rückte, desto intensiver, offensichtlich aber auch produktiver diskutierten Politiker, Wissenschaftler, Sozialarbeiter und Journalisten über die Notwendigkeit der Fortsetzung des 2001 aufgesetzten bundesweiten Aktionsprogramms. Bestimmend für die Diskussionen waren wohl die unterschiedlichen Auffassungen über die Effizienz der mit dem Aktionsprogramm geförderten Projekte, Maßnahmen und Initiativen und die zum Teil divergenten Meinungen über die Effizienzkriterien. Während etwa CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Expertisen meinte, die Projekte seien ineffizient gewesen, weil sie den Einzug der NPD in den Schweriner Landtag nicht hätten verhindern können, hielt Wilhelm Heitmeyer vom Bielefelder Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, das seit 2002 für die Evaluation von CIVITAS verantwortlich zeichnete, dagegen, dass langfristige ökonomische Probleme wie in Mecklenburg-Vorpommern nicht durch kurzfristige Projekte behoben werden könnten.<sup>12</sup>

Woran und wie lässt sich die Effizienz des bundesweiten Aktionsprogramms (des abgeschlossenen wie des neuen) im Allgemeinen und der Projekte, Initiativen und Maßnahmen im Konkreten messen? Allein an der Abnahme fremdenfeindlicher, antisemitischer und rechtsextremer Einstellungen, am Rückgang der NPD-Wahlerfolge, an der abnehmenden Anziehungskraft rechter Gruppier-

<sup>18</sup> Vgl. Wilfried Schubert, *Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen – Empirische Ergebnisse – Praxismodelle*, Neuwied 2000.

<sup>19</sup> Die hier nur beispielhaft aufgeführten Projekte, Initiativen und Maßnahmen gehören zu einer Auswahl „guter Referenzprojekte“, für die die Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS) gezieltes Fundraising betrieben hat und die bereits vor Beginn des Aktionsprogramms 2001–2006 von der AAS gefördert wurden; vgl. [www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de) (1. 2. 2007).

<sup>10</sup> Vgl. Heinz Lynen von Berg/Kerstin Palloks/Armin Steil, *Pädagogische Handlungsansätze und zivilgesellschaftliches Engagement im kommunalen Raum. Kontextanalysen von Projekten zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen des CIVITAS-Programms*, Berlin 2004, S. 126 ff.

<sup>11</sup> Vgl. z. B. [www.drudel11.de](http://www.drudel11.de).

<sup>12</sup> Vgl. Interview mit Wilhelm Heitmeyer, *Spiegel Online* vom 26. 9. 2006; [www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,438811,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,438811,00.html) (1. 2. 2007).

rungen, an sinkenden Zahlen fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt? Die Abschlussberichte des Aktionsprogramms zeigen die Probleme im Umgang mit derartigen Kriterien, illustrieren aber auch die Schwierigkeiten der wissenschaftlichen Evaluation. Die Programmteile ENTIMON und CIVITAS wurden zunächst in 2001 durch die Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin wissenschaftlich begleitet. Danach übernahm das Deutsche Jugendinstitut München die wissenschaftliche Begleitung von ENTIMON und das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld die wissenschaftliche Begleitung von CIVITAS. Die Bedingungen für eine wirkungsvolle Evaluation des gesamten Aktionsprogramms und einzelner Projekte waren damit zumindest eingeschränkt. Dennoch haben die wissenschaftlichen Begleitinstitute seit 2002 mit großer Professionalität versucht, Aussagen über die Wirksamkeit des Aktionsprogramms zu formulieren. Die wissenschaftliche Begleitung von ENTIMON stützte sich auf eine Strukturdatenanalyse, die sich auf alle im Programm geförderten Projekte bezog. Darüber hinaus wurden im Rahmen einer qualitativen Analyse in ausgewählten Projekten (aus den Bereichen „lokale Netzwerke“, „interkulturelles Lernen“ und „politische Bildungsarbeit“) die exemplarische Entwicklung und Erprobung innovativer Strategien genauer untersucht. Diese Analysen stützten sich u. a. auf die dokumentierten Projektziele, den -verlauf und die -umsetzung. Außerdem fand eine Rückkopplung mit den Projektverantwortlichen (per Telefon, Interview und Besuch) zu den erreichten Ergebnissen und gewonnenen Erfahrungen statt.<sup>13</sup>

Die wissenschaftliche Begleitung des Programms CIVITAS umfasste neben einer im Jahre 2004 durchgeführten Follow-up-Befragung von insgesamt 421 ausgewählten Projekten (zu den Erfahrungen in der Projektumsetzung und zum weiterführenden Engagement gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus) zwei Evaluationsphasen. In einer ersten Phase wurden Strukturprojekte (Mobile Beratungsteams, Opferberatungsstellen und Netzwerkstellen) mit qualitativen Methoden analysiert. Parallel erfolgte eine quantitative Auswertung der För-

derentscheidungen zu den Einzelprojekten. Die zweite Phase umfasste vor allem kommunale Kontextanalysen, mit denen Struktur- und Einzelprojekte in drei ausgewählten kleinstädtischen Kontexten untersucht wurden.<sup>14</sup> Kritisch vermerken die Evaluatoren von CIVITAS: „Bei der Untersuchung der Strukturprojekte stellte sich das Problem des verspäteten Einsatzes der wissenschaftlichen Begleitforschung und der ungenauen Zieldefinitionen der Projekte. Die zu evaluierenden Projekte waren zu diesem Zeitpunkt bereits zwischen ein- und zwei Jahren tätig. Da einerseits durch die wissenschaftliche Begleitforschung die Ziele zu Beginn der Projektphase nicht erhoben werden konnten und andererseits die Projekte inzwischen auch innerhalb der eigenen Projektgruppe sehr heterogene Erfolgskriterien und (implizite) Zielvorstellungen entwickelt hatten, war eine nachträgliche Zielfindung innerhalb einer Projektgruppe nicht mehr praktikabel. Indikatoren für erfolgreiche Projektumsetzung konnten so nur auf einem sehr allgemeinen Niveau erarbeitet werden.“<sup>15</sup>

Zusammengefasst und vielleicht etwas überspitzt ließe sich formulieren: Die sichtbaren Erfolge der bisherigen Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus halten sich in Grenzen. Zahlreiche Projekte standen bislang auf instabilem Fundament. Ihre Wirksamkeit war häufig weder theoretisch begründet noch empirisch überprüft.<sup>16</sup>

## Neues Aktionsprogramm

Die Bundesregierung hat ein neues Aktionsprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit drei Schwerpunkten beschlossen. Im ersten Schwerpunkt sollen – ausgehend von den bisherigen Erfahrungen – integrierte lokale Strategien gefördert werden. Mit „lokalen Aktionsplänen“, die von Kommunen und

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 53.

<sup>15</sup> Ebd., S. 54.

<sup>16</sup> Vgl. BMI/BMJ (Bundesministerium des Innern/ Bundesministerium der Justiz), Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2006; [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) (1. 2. 2007); vgl. auch Ulrich Wagner/Oliver Christ/Rolf van Dick, Die empirische Evaluation von Präventionsprogrammen gegen Fremdenfeindlichkeit, in: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 4 (2002), S. 101–117.

<sup>13</sup> Vgl. Abschlussbericht (Anm. 7), S. 25.

Landkreisen bzw. Gebietskörperschaften entwickelt werden, soll das politische Engagement lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure gegen Rechtsextremismus zielgerichtet verstärkt werden. Im zweiten Schwerpunkt geht es um überregionale Modellprojekte, mit denen die politische Bildung (z. B. die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus) und die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen gefördert werden sollen. Der dritte Schwerpunkt ist der Koordinierung und Evaluation der Projekte vorbehalten. Insgesamt umfasst das neue Programm einen Jahresetat von 19 Millionen Euro plus fünf Millionen Euro jährlich für Beratungsmodelle gegen Rechtsextremismus.

Kritiken an den Initiativen der Bundesregierung konnten allerdings nicht ausbleiben. So wandten sich die Mitglieder der Task Force „Education on Antisemitism“ an Bundestagsabgeordnete beider Koalitionsparteien mit dem dringenden Appell, die beschlossenen Kriterien, die Begrenzung von Projektmitteln bzw. die Erfordernis der Kofinanzierung in Höhe von zwei Dritteln der Projektkosten noch einmal zu überdenken. Kritisiert wird auch das Vorhaben, die Verantwortung für die Entscheidung, wer in die lokalen Aktionspläne einbezogen wird und Fördergelder bekommt, den Kommunen zu überlassen.<sup>17</sup>

Es geht um viel Geld, das sinnvoll und effizient eingesetzt werden will. Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Für das neue Aktionsprogramm müssen exakte Prozeduren und Kriterien für die Qualitätssicherung formuliert und bei der Entscheidung für eine Förderung, bei der Umsetzung in der Praxis und bei der Wirksamkeitskontrolle berücksichtigt werden. Ein Schlüsselkonzept der Qualitätssicherung ist die Evaluation.

## Evaluationskonzept und Qualitätssicherung

Evaluation bedeutet die Bewertung eines Sachverhalts nach bestimmten Kriterien. Man unterscheidet eine „formative“ Begleitevaluation, bei der Erfahrungen während der Umsetzung ausgewertet und unmittelbar zu Optimierungen herangezogen werden, und eine

<sup>17</sup> Vgl. Interview mit W. Heitmeyer (Anm. 12).

„summative“ Wirkungsevaluation, mit der nachweisbare Effekte festgestellt werden, beispielsweise eine Verringerung fremdenfeindlicher Einstellungen oder ein Rückgang von Gewalttaten. Wirkungsevaluationen benötigen klar definierte und beobachtbare Erfolgskriterien. Bei quantifizierbaren Kriterien wird vielfach die „Effektstärke“ als Vergleichsmaß für die Wirkung einer Präventions- oder Interventionsmaßnahme herangezogen.<sup>18</sup>

Für eine aussagekräftige Wirkungsevaluation gilt eine Reihe von Anforderungen. 1. Es muss definiert werden, welche Wirkungen erzielt werden sollen. 2. Um Veränderungen zu erfassen, müssen die Ausprägungsgrade der Erfolgskriterien vor und nach der Maßnahme erhoben werden. 3. Um sicherzustellen, dass beobachtbare Veränderungen auf die Maßnahme zurückzuführen sind und nicht auf anderweitige Einflüsse, müssen Veränderungen auch bei einer Kontrollgruppe erfasst werden, die nicht an dieser Maßnahme teilnimmt. 4. Im Idealfall werden die untersuchten Personen per Zufall der Interventionsgruppe und der Kontrollgruppe zugeteilt. Zumindest muss deren Vergleichbarkeit gesichert sein. Nur so lässt sich ausschließen, dass weitere, nicht kontrollierte Einflüsse für die Unterschiede verantwortlich sind. 5. Um Voreingenommenheiten möglichst wenig Raum zu geben, sollten Evaluationsstudien durch neutrale wissenschaftliche Einrichtungen durchgeführt werden. 6. Die Effekte müssen durch statistische Signifikanzprüfungen abgesichert werden, um sicherzustellen, dass die Unterschiede nicht auf zufälligen Einflüssen beruhen. 7. Schließlich soll die Effektstärke quantifiziert werden, möglichst im Vergleich zu einer Kontrollgruppe.

Bei der Qualitätssicherung geeigneter Projekte gegen Rechtsextremismus stößt man auf vielfältige Probleme, die im Folgenden kurz erläutert werden.

*Komplexität:* Auch wenn es ganz unterschiedliche Erklärungsansätze für Rechtsextremismus gibt, herrscht in der Forschung

<sup>18</sup> Vgl. z. B. Andreas Beelmann/Michael Saur/Diana Schulze, Präventionserfordernisse bei ideologiemotivierter Devianz, in: Rudolf Egg (Hrsg.), Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention, Wiesbaden 2006.

doch Einigkeit darüber, dass rechtsextremistische Gewalt aus einem komplexen Zusammenwirken zahlreicher gesellschaftlicher, familiärer, individueller und situativer Einflüsse entsteht. Präventions- und Interventionsansätze sollten deshalb auf verschiedenen Ebenen ansetzen, beispielsweise durch eine Vernetzung von Schule, Polizei, Sozialarbeit und Jugendhilfe. Komplex angelegte Ansätze erscheinen besonders Erfolg versprechend, sind aber auch am schwersten zu evaluieren.

*Spezifität:* Projekte gegen Rechtsextremismus müssen die regionalen Bedingungen, die lokalen Risiko- und Schutzfaktoren, die involvierten Gruppen und Institutionen berücksichtigen. Insofern ist es – wie im neuen Aktionsprogramm vorgesehen – durchaus folgerichtig, die Verantwortung für die Maßnahmen auf die unteren (lokalen bzw. kommunalen) Ebenen zu verlagern. Dort fehlen allerdings Fachleute der Qualitätssicherung, die Erfolgsaussichten verlässlich beurteilen könnten. Für kleinere lokale Projekte sind auch systematische wissenschaftliche Evaluationen kaum zu finanzieren. Schließlich sind die Projekterfahrungen nicht unbedingt auf andere Orte übertragbar.

*Vergleichbarkeit:* Es gibt Programme, die fremdenfeindliche Einstellungen zwar nicht verringern, aber die Rate rechtsextremistischer Gewaltdelinquenz senken. Es gibt Programme, die zwar nicht die Zielgruppe rechtsextremer Jugendlicher erreichen, aber das demokratische Bewusstsein und gesellschaftliche Engagement der ehrenamtlichen Helfer fördern. Sind das nun gute oder schlechte Programme? Nicht erst die Effekte, auch die Präventionsziele und Zielgruppen liegen auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Deshalb lassen sie sich schwer vergleichen. Dennoch gibt es gemeinsame Anforderungen, die alle Programme zu erfüllen haben (s. unten).

*Innovative Konzepte:* „Die Wichtigkeit von Evaluationen darf (...) nicht dazu führen, dass nur bereits evaluierte Projekte gefördert werden; für innovative Modelle und für Pilotprojekte muss Raum bleiben. Auch gibt es immer wieder Situationen, in denen gehandelt werden muss, ohne dass die verfügbaren Strategien bereits evaluiert sind.“<sup>19</sup> Auch

<sup>19</sup> BMI/BMJ (Anm. 16), S. 684.

wenn Evaluationsergebnisse für geplante Projekte noch nicht vorliegen, sollten Erfolg versprechende Programme und Maßnahmen umgesetzt bzw. fortgeführt werden können. Andererseits sollten wissenschaftliche Grundsätze und Erfordernisse nicht politischem Aktionismus geopfert werden, weil bei womöglich ausbleibenden Effekten Ressourcenverschwendung und Enttäuschungen drohen. Um auch innovativen Konzepten eine Chance zu geben, müssen deren Erfolgchancen vorab auf der Basis von praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Theorien bewertet werden.

## Qualitätskriterien

Die Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) hat in einer Serie von Expertengesprächen und Fachkonferenzen einen Kriterienkatalog entwickelt, der dazu dient, die Qualität von Präventions- und Interventionsprogrammen systematisch begutachten, bewerten und zertifizieren zu können.<sup>20</sup> Der Kriterienkatalog berücksichtigt allgemein akzeptierte Standards einer ziel- und handlungsorientierten Planung, Qualitätssicherung und Evaluation von Maßnahmen. Zur Umsetzung des Qualitätssicherungsverfahrens hat die Sektion Politische Psychologie einen wissenschaftlichen Expertenbeirat für ihr Projekt „Prävention von Gewalt, Rechtsextremismus und interkulturellen Konflikten“ eingerichtet.

Die folgenden Kriterien lassen sich auf unterschiedliche Themen übertragen; sie wurden hier für das Problem des Rechtsextremismus formuliert.

*Zielklärung:* Der Handlungsbedarf muss aus der Feststellung von Risiken bezüglich rechtsextremistischer Tendenzen und der Formulierung von Zielen abgeleitet werden. Es muss geklärt werden, was konkret verän-

<sup>20</sup> Vgl. Siegfried Preiser/Ulrich Wagner, Gewaltprävention und Gewaltverminderung: Qualitätskriterien für Präventions- und Interventionsprogramme, in: Report Psychologie, 28 (2003) 11/12, S. 660–666; siehe auch [www.bdp-politische.de/aktuell/guetesiegel.html](http://www.bdp-politische.de/aktuell/guetesiegel.html) (1.2.2007). Für die Kriminalprävention wurden vergleichbare Kriterien als „Beccaria-Standards“ publiziert: [www.beccaria.de](http://www.beccaria.de) (1.2.2007).

dert werden soll (z. B. Wissen, Einstellungen und Vorurteile, soziale Kompetenzen).

*Zielgruppe:* Die Zielgruppe muss beschrieben werden; der spezifische Bedarf ist zu begründen. Überlegungen zur Erreichbarkeit, Teilnahmemotivation und zu Teilnahmehindernissen sollten formuliert werden.

*Theoretische Grundlagen:* Theoretische Annahmen über die Entstehungs- und Veränderungsbedingungen von Rechtsextremismus und Gewalt sind zu berücksichtigen.

*Maßnahmenbeschreibung:* Die Methoden der Intervention, die einzusetzenden Medien und die organisatorischen Rahmenbedingungen sind genau zu beschreiben und hinsichtlich der zu erwartenden Wirkungen zu begründen. Es sollte erläutert werden, wie die Akzeptanz der Maßnahme und die Teilnehmermotivation sichergestellt wird.

*Fachliche und didaktische Kompetenzen:* Die erforderlichen Kompetenzen der Durchführenden (z. B. Trainerinnen und Trainer) sind zu benennen.

*Evaluation:* Eine formative Evaluation muss in die Programmentwicklung, -anwendung und -optimierung integriert werden. Vorschläge für eine summative Wirkungsevaluation sollten gemacht werden. Der Verlauf des Projektes und die Evaluationsergebnisse sind zu dokumentieren, Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit sollten abgeleitet werden.

*Preis-Leistungs-Verhältnis (Effizienz):* Die Kosten und Nebenkosten sind zu kalkulieren. Der erwartete Nutzen und dessen Nachhaltigkeit sind nach Möglichkeit zu quantifizieren. Potenzielle positive und negative Nebeneffekte sollten berücksichtigt werden.

Entwickler und Anbieter von Präventions- und Interventionsprogrammen können ihre Angebote an diesen Kriterien orientieren und dadurch transparent machen. Auftraggeber können – unter Hinzuziehung von fachlich-psychologischer Kompetenz – Angebote nach eben diesen Kriterien bewerten und vergleichen. Die Anwender des Kriterienkatalogs sollten mit den theoretischen Grundlagen von Rechtsextremismus, Gewalt und Prävention vertraut sein und methodische

Kenntnisse bezüglich Qualitätssicherung und Evaluation haben.

Die Sektion Politische Psychologie im BDP bietet in Kooperation mit ihrem Expertenbeirat an, Projektanträge für die Auftraggeber anhand der veröffentlichten Kriterien zu begutachten und Projekte zu bewerten. Dies umfasst eine differenzierte Begutachtung des Programms hinsichtlich der Qualitätskriterien, eine detaillierte Rückmeldung über besondere Stärken und Schwachstellen, Empfehlungen zur Ergänzung oder Überarbeitung des Programms, Hinweise zur Durchführung von Evaluationsuntersuchungen sowie eine Zertifizierung in Form einer Qualitätsbeurteilung.

Auftrag- oder Finanzgeber und Entwickler von Programmen und Maßnahmen der Gewaltprävention sind dringend dazu aufgerufen, in verstärktem Maße systematische Verfahren der vorausschauenden Qualitätssicherung und der begleitenden und bilanzierenden Wirkungskontrolle einzusetzen und dabei psychologischen Sachverstand zu nutzen.

#### Internetempfehlungen der Autoren

[www.bdp-politische.de/aktuell/guetesiegel.html](http://www.bdp-politische.de/aktuell/guetesiegel.html)  
(Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen)

[www.beccaria.de/nano.cms/de/Suche\\_Recherche](http://www.beccaria.de/nano.cms/de/Suche_Recherche)  
(Beccaria-Programm, Qualität in der Kriminalprävention)

# APuZ

Nächste Ausgabe

12/2007 · 19. März 2007

## Innere Sicherheit im Wandel

*Bernhard Frevel*

Sicherheit gewähren – Freiheit sichern

*Henning van den Brink · André Kaiser*

Kommunale Sicherheitspolitik

*Lars Normann*

Sicherheitspolitische Reformergebnisse zur Terrorprävention

*Peter Stegmaier · Thomas Feltes*

Vernetzung als neuer Effektivitätsmythos für die innere Sicherheit

*Jo Reichertz*

Die Medien als selbständige Akteure

*Hubert Schubert · Holger Spieckermann · Katja Veil*

Sicherheit durch präventive Stadtgestaltung

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Dr. Ludwig Watzal  
Sabine Klingelhöfer  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 36 91-0

### Internet

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH,  
60268 Frankfurt am Main.

### Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
*APuZ* zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81,  
60327 Frankfurt am Main.  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
[parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de)

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

*Micha Hilgers*

## 3-6 **Psychologischer Firlefanz oder Teil innovativer Politik?**

Politische Psychologie ist weder Eskapismus aus aktuellen gesellschaftlichen Problemen noch Erlösung für gesellschaftliche Konflikte, die der politischen Debatte bedürfen. Doch sie kann politischen Akteuren zu mehr Handlungskompetenz verhelfen.

*Hans-Joachim Busch*

## 6-12 **Demokratische Persönlichkeit**

Ein aufgeklärtes Subjekt, das befähigt und motiviert ist, sich in seinen Bedürfnissen und Interessen stimmig zu artikulieren, verfügt über eine demokratische Persönlichkeit. Sie hält ihre Identität in einer Balance zwischen dem Verfolgen ihrer Biographie und den Belangen des Großen und Ganzen.

*Hans-Jürgen Wirth*

## 13-18 **Macht, Narzissmus und die Sehnsucht nach dem Führer**

Macht übt gerade auf solche Personen eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus, die an einer narzisstischen Persönlichkeitsstörung leiden. Eng verknüpft mit dem Realitätsverlust ist ihre Abkehr von den Normen, Werten und Idealen, denen sie selbst und ihre Institution eigentlich verpflichtet sind.

*Thymian Bussemer*

## 19-25 **Psychologie der Propaganda**

Annahmen über die Wirksamkeit politischer Propaganda sind mit Erkenntnissen der Politischen Psychologie eng verknüpft. Auch die Bewertung der gesellschaftlichen Brisanz von Propaganda ist von den zugrunde liegenden Wirkungshypothesen abhängig und hat sich im Lauf des 20. Jahrhunderts mehrfach gewandelt.

*Heidi Hein-Kircher*

## 26-31 **Politische Mythen**

Politische Mythen erleben in Krisen- und Umbruchphasen in allen sozialen Großgruppen immer wieder eine Konjunktur. Aufgrund ihrer Hauptfunktion, für diese orientierungs- und sinnstiftend zu wirken, sind sie als zentrales Mittel zur Kommunikation mit den Massen ein Faktor Politischer Psychologie.

*Wolfgang Frindte · Siegfried Preiser*

## 32-38 **Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus**

Rechtsextremismus ist kein Randphänomen mehr. Verstärkte Präventionsbemühungen erscheinen vordringlich. Trotz vieler beeindruckender Projekte ist die Gesamtbilanz der bundesweiten Aktionsprogramme ernüchternd. Für die Fortführung sind verstärkte Anstrengungen zur Qualitätssicherung unverzichtbar.